

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

1985

INHALT

Schwangerschaftsabbrüche

- 123 Seit 1976 wird eine Bundesstatistik der legalen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. Die Ergebnisse der in Rheinland-Pfalz vorgenommenen Eingriffe zeigen eine zunehmende Tendenz.
-

Qualifikationsstruktur der Industriebeschäftigten 1960 bis 1984

- 128 In der rheinland-pfälzischen Industrie läßt sich von 1960 bis 1984 bei den Angestellten und etwas weniger ausgeprägt auch bei den Arbeitern eine kontinuierliche Entwicklung zur Einstufung in höher qualifizierte Arbeitsplätze beobachten.
-

Wirtschaftsstruktur der Landkreise

- 131 Die Wirtschaftsstruktur der Landkreise wird anhand verschiedener Indikatoren dargestellt.
-

Landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten 1983

- 136 Angesichts der 1985 neu gestalteten Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe in den benachteiligten Gebieten wird anhand ausgewählter Ergebnisse über die dortige Situation der Landwirtschaft berichtet.
-

Fremdenverkehr in den Heilbädern 1980 bis 1984

- 140 Im Jahre 1983 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Heilbäder annähernd 700 000 Fremdenübernachtungen weniger als 1980. Mit einer Zunahme um rund 280 000 Übernachtungen zeigt das Jahr 1984 wieder eine deutliche Aufwärtsentwicklung.
-

Anhang

- 41* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
47* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

2 105 Schwangerschaftsabbrüche im Jahre 1984

Im Jahre 1984 wurden in Rheinland-Pfalz 2 105 legale Schwangerschaftsabbrüche statistisch erfaßt. Dies ist die höchste Zahl seit Beginn der statistischen Nachweisungen im Jahre 1976 und bedeutet gegenüber 1983 einen Anstieg um 18%.

Drei Fünftel der Schwangeren waren zum Zeitpunkt des Abbruchs unter 30 Jahre alt, davon 13% unter 20 Jahre. Der Anteil derjenigen, die mindestens 45 Jahre alt waren, belief sich auf 1,5%. Knapp die Hälfte der Frauen war verheiratet, 42% waren ledig, 6,7% geschieden und 0,4% verwitwet. Als Begründung für den Schwangerschaftsabbruch (Indikation) wurde in vier Fünfteln der Fälle eine sonstige schwere Notlage genannt.

Rund 55% der Frauen, die 1984 eine Schwangerschaft beenden ließen, hatten mindestens ein zu versorgendes Kind, während die übrigen Schwangeren entweder kinderlos waren oder aber keine minderjährigen bzw. pflegebedürftigen Kinder hatten.

Von den 1984 im Bundesgebiet statistisch erfaßten insgesamt 86 300 Schwangerschaftsabbrüchen entfielen 2,4% auf Rheinland-Pfalz, wobei der regionalen Zuordnung nicht der Wohnsitz der Schwangeren, sondern der Ort des Abbruchs zugrunde gelegt wird. Dies ist der zweitniedrigste Anteil aller Bundesländer. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 123

Zahl der Lehramtsanwärter weiter rückläufig

Insgesamt 1 261 Lehramtsanwärter und Studienreferendare besuchten im März 1985 die 22 Studienseminare in Rheinland-Pfalz. Das sind 19% (302) weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und 55% (1 514) weniger als 1979. 489 Anwärter (39%) befanden sich im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien, 246 (20%) für das Lehramt an berufsbildenden Schulen und 228 (18%) für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Für das Lehramt an Realschulen wurden 182 (14%) und für das Lehramt an Sonderschulen 116 Anwärter (9%) ausgebildet.

Der Rückgang an Seminarteilnehmern gegenüber dem Vorjahr war an den Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen mit minus 27% am größten und an den Studienseminaren für das Lehramt an Sonderschulen mit - 3,3% am geringsten.

Drei von fünf Seminarteilnehmern waren Frauen. An den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen war ihr Anteil mit 84% am höchsten, im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen mit 46% am niedrigsten. Die Anteile in den übrigen Vorbereitungsdiensten betrugen: Lehramt an Realschulen 71%, Lehramt an Sonderschulen 70% und Lehramt an Gymnasien 56%. we

Studienneigung der Abiturienten weiterhin rückläufig

Von den Anfang des Jahres 1985 befragten 14 482 Schülern und Schülerinnen in den Abschlußklassen der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Kollegs und Fachoberschulen äußerten zwei Drittel die Absicht, ein Studium aufzunehmen. Dies sind knapp 4% weniger als im Vorjahr, als noch sieben von zehn Befragten an einem Studium interessiert waren.

Von den Studienwilligen streben drei Viertel die allgemeine Hochschulreife und ein Viertel die Fachhochschulreife an. Der Anteil der Studienwilligen ist bei den Schülerinnen nach wie vor erheblich geringer als bei den Schülern. Während drei von vier Schülern die Absicht äußerten, ein Studium aufzunehmen, beträgt der Anteil bei den Schülerinnen 56%. Ein Lehramtsstudium wollen 3,2% (303) der Studienwilligen aufnehmen (Vorjahr 3,1%).

Ein Sechstel der Schüler und Schülerinnen war zum Zeitpunkt der Befragung hinsichtlich der beruflichen Zukunft noch unentschieden, 17% der Befragten gaben an, nicht studieren zu wollen (Vorjahr 13 bzw. 17%).

Von den rheinland-pfälzischen Schülern mit Studienabsicht wollen knapp 40% (3 728) im Lande studieren. Über 4 700 Befragte möchten ein Studium im übrigen Bundesgebiet aufnehmen, 1 055 waren sich hinsichtlich des Studienortes noch im unklaren und 38 Entlaßschüler streben ein Auslandsstudium an. Etwa 2 300 Studienwillige aus anderen Bundesländern beabsichtigen, an einer rheinland-pfälzischen Hochschule zu studieren. we

Ein Bewährungshelfer für 75 Personen

Die Zahl der Fälle, in denen ein Verurteilter unter die Aufsicht eines hauptamtlichen Bewährungshelfers gestellt wurde, ist im Jahre 1984 weiter angestiegen. Am 31. Dezember 1984 wurden 6 598 Bewährungs- und 425 Führungsaufsichten registriert. Damit haben die Unterstellungen gegenüber dem Vorjahr (6 342 bzw. 407 Fälle) um gut 4% zugenommen.

Die Betreuung der unterstellten Personen oblag 83 Bewährungshelfern. Obwohl im Laufe des Jahres zwei weitere Sozialarbeiter eingesetzt wurden, erhöhte sich die durchschnittliche Zahl der Unterstellungen von 83 am Jahresende 1983 auf 85 Ende 1984. Da ein Teil der Probanden mehrfach unterstellt wurde, betreut ein Bewährungshelfer im Durchschnitt 75 Personen.

Im Jahre 1984 endeten 1 848 Bewährungsaufsichten. In zwei Dritteln der Fälle war die Bewährungszeit abgelaufen, so daß die Strafe erlassen bzw. der Schuldspruch getilgt werden konnte. 559 Unterstellungen (30%) konnten nicht mit Erfolg abgeschlossen werden, weil die Probanden erneut straffällig wurden oder den Auflagen und Weisungen des Gerichts nicht nachkamen. 1983 hatte der entsprechende Anteil noch bei 35% gelegen. nö

Studentenzahl an Verwaltungsfachhochschulen rückläufig

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz haben sich im Sommersemester 1985 insgesamt 57 103 Studenten immatrikuliert. Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten sind in dieser Zahl nicht enthalten. Rund zwei Drittel studieren an den Universitäten in Mainz, Trier und Kaiserslautern, jeder Vierte an einer Fachhochschule und 4,6% an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule. Knapp 4% der Studenten haben sich an den Verwaltungsfachhochschulen und die restlichen 1,6% an den theologischen Hochschulen sowie an den wissenschaftlichen Hochschulen in Speyer und Koblenz eingeschrieben.

Gegenüber dem Sommersemester 1984 hat sich die Zahl der Studenten um rund 2 000 erhöht. Während an den Universitäten die Zahl der Studierenden um 1 125 und an den Fachhochschulen um 1 225 zunahm, ist an den Verwaltungsfachhochschulen ein Rückgang um etwa 400 Studenten zu verzeichnen.

Über 39% der Studenten sind Frauen. An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule ist der Anteil der Studentinnen mit 56% am höchsten. An den Universitäten liegt er bei 42%, an den Fachhochschulen bei 31% und an den Verwaltungsfachhochschulen bei 28%.

Im Sommersemester 1985 sind 2 713 ausländische Studenten an den rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben. Das sind 163 Studenten oder 6,4% mehr als im Sommersemester 1984. Der Frauenanteil bei den Ausländern beträgt 38%. we

Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in benachteiligten Gebieten

Jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb von Rheinland-Pfalz liegt in den benachteiligten Gebieten des Landes. Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche gehören 300 000 ha oder 41% hierzu. Im Gegensatz zu den übrigen Landesteilen bestimmen in den benachteiligten Regionen größtenteils die Nebenerwerbsbetriebe das Bild der Landwirtschaft. Zu diesem Betriebstyp zählen zwei Drittel aller Höfe. Die mit Hilfe des Standardbetriebseinkommens gemessene Einkommenskapazität der Betriebe bleibt im Durchschnitt um mehr als die Hälfte unter der in den nicht benachteiligten Gegenden. Bei der Produktionsrichtung der Betriebe herrschen in den benachteiligten Gebieten Futterbau und flächenabhängige Viehhaltung (62%) vor. Jeder zweite Betrieb verfügt über Milchkühe. Knapp zwei Drittel aller rheinland-pfälzischen Milchkühe sind hier anzutreffen. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 136

Exporte stiegen im März um 11%

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte im März 1985 Waren im Wert von nahezu 2,8 Mrd. DM. Gegenüber März 1984 nahmen die Lieferungen um fast 11% zu. Außerordentlich stark erhöhten sich die Exporte von Agrarprodukten (+ 32%) und von Rohstoffen (+ 26%).

Eingeführt wurden Güter für mehr als 1,8 Mrd. DM, das sind 1,3% weniger als im März 1984. Steigerungen errechnen sich für Enderzeugnisse (+ 5,5%) und für Rohstoffe (+ 7,8%).

Von Januar bis März 1985 beliefen sich die Ausfuhren auf knapp 7,7 Mrd. DM, die Einfuhren auf rund 5 Mrd. DM. Im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1984 wurden Zuwachsraten von plus 7,6 bzw. + 2,6% erzielt. Die Exporte lagen um 53% über den Importen. Für die Bundesrepublik wurde ein Ausfuhrüberschuß von 11% ermittelt. pe

Trend zur höherer Qualifikation bei Industrieangestellten und Industriearbeitern

Die Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten in der Industrie weist von 1960 bis 1984 einen deutlichen Trend zu höherwertiger Tätigkeit aus. Im Jahre 1960 waren von den männlichen Industriearbeitern 48% als Facharbeiter, 35% als angelernte Arbeiter und 17% als Hilfsarbeiter eingestuft. Im Jahre 1984 hingegen beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 60, 31 und 9%. Die zunehmende Eingliederung der männlichen Arbeiter als Facharbeiter ist vor allem seit 1973 zu beobachten. Die Qualifikation der weiblichen Arbeiter nahm in den zurückliegenden 24 Jahren nur wenig zu. Im Jahre 1960 waren von den Industriearbeiterinnen 8% Facharbeiterinnen, 39% angelernte Arbeiterinnen und 53% Hilfsarbeiterinnen, 1984 wurden Quoten von 10, 41 und 49% ermittelt.

Verglichen mit den Industriearbeitern verlief die Entwicklung zu höherer Qualifikation bei den Angestellten stetiger und mit größerer Intensität. Im Jahre 1960 wurden für männliche Industrieangestellte in den Leistungsgruppen II bis V folgende Anteile ermittelt: 23, 49, 22 und 6%, 1984 hingegen 38, 52, 9 und 1%. Während bis 1970 nur eine geringe Zunahme des Anteils der in Leistungsgruppe II eingestuftten männlichen Industrieangestellten festgestellt werden konnte, verstärkte sich in den darauffolgenden Jahren der aufgezeigte Trend.

Bei den weiblichen Industrieangestellten dominierte der Übergang von den Leistungsgruppen IV und V in die Gruppe III. Wurden 1960 für die Leistungsgruppen II bis V Quoten von 3, 24, 44 und 29% errechnet, so waren es 1984 7, 52, 36 und 5%. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 128

Jeder zweite Landkreis ist vom Dienstleistungsbereich geprägt

Noch fünf Landkreise mit starker Landwirtschaft

Die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise weisen unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen auf. So ist die Mehrzahl der Landkreise wirtschaftlich von den Dienstleistungsbereichen geprägt, sieben vom produzierenden Gewerbe. In fünf Landkreisen hat die Landwirtschaft mit einem Anteil von mehr als 10% an der Bruttowertschöpfung nach wie vor starkes Gewicht. Diese unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen der Landkreise sind von Einfluß auf deren Wirtschaftskraft, Beschäftigtenstruktur und Steuereinnahmekraft. sa.

Mehr über dieses Thema auf Seite 131

Auftragseingänge im April um 10% über dem Vorjahresniveau

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im April um 10,2% über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um 5, aus dem Ausland sogar um 19%. Die positive Entwicklung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 11%) hielt an. Auch das Investitionsgüter produzierende Gewerbe konnte einen Zuwachs von 11% verzeichnen, der hauptsächlich auf die überdurchschnittlich hohe Zunahme von 46% im Bereich Maschinenbau, Büromaschinen, ADV-Geräte zurückzuführen ist.

Gegenüber dem Vormonat gingen die Neuaufträge beim verarbeitenden Gewerbe dagegen um 2,3% zurück. Maßgebend hierfür waren Einbußen auf dem Auslandsmarkt (— 5,8%). Während die Schuhindustrie eine Erhöhung der Auftragseingänge (+ 41%) verzeichnen konnte, kam es in der chemischen Industrie zu einem Rückgang von — 12 %.

Von Januar bis April 1985 lagen die Neuaufträge um 2,8% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während die Nachfrage aus dem Inland leicht abnahm (— 0,8%), erhöhten sich die Auslandsorder um 8,4%. fu

Deutlicher Umsatzanstieg im April

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im April 1985 um rund 10% höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Anstieg ist vor allem auf die um 20% höheren Exporte zurückzuführen. Die Inlandsumsätze stiegen um 4,8%. Von den bedeutenden Wirtschaftszweigen verzeichneten die chemische Industrie (+ 17%) und die Schuhindustrie (+ 16%) überdurchschnittliche Zunahmen.

Von März auf April 1985 gingen die Umsätze leicht zurück (— 0,6%). hel

Produktion im April höher als vor einem Jahr

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz lag im April um 6% höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die einzelnen Bereiche des verarbeitenden Gewerbes erzielten Zuwachsraten zwischen knapp 3% und 13%. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 9,4%) setzte sich die Aufwärtsentwicklung beim Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen mit einem Plus von 26% fort. fu

Steueraufkommen im ersten Quartal 1985

Das kassenmäßige Gesamtaufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern belief sich im ersten Vierteljahr 1985 in Rheinland-Pfalz auf knapp 4,9 Mrd. DM. Das sind 1,8% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Von den Gemeinschaftssteuern, die um 1,9% auf über 3,8 Mrd. DM anstiegen, verzeichneten nur die Lohnsteuer mit 1,9 Mrd. DM (+ 5,5%) und die veranlagte Einkommensteuer mit 363 Mill. DM (+ 17,6%) Zuwächse. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer gingen um 1,1% auf 387 Mill. DM zurück, aus der Umsatzsteuer um 8,3% auf 686 Mill. DM und an Einfuhrumsatzsteuer um 0,6% auf 483 Mill. DM.

Die reinen Bundessteuern betrugen 329 Mill. DM, das sind 27,5% weniger als im 1. Quartal 1984. Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang der Mineralölsteuer um 61,9% auf 58 Mill. DM und der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol um 15,1% auf 132 Mill. DM.

Das Aufkommen aus Landessteuern nahm um 7,6% auf 223 Mill. DM zu. Hier verzeichnete die Kraftfahrzeugsteuer einen Anstieg um 4,7% auf 116 Mill. DM. Die Einnahmen aus der Vermögensteuer erhöhten sich um 19,1% auf 41 Mill. DM und aus der Rennwett- und Lotteriesteuer um 9,5% auf 36 Mill. DM.

Die Gemeindesteuern beliefen sich auf 485 Mill. DM und lagen damit um 9,6% niedriger als im Vorjahreszeitraum. Hier war vor allem das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer mit 354 Mill. DM (– 12,8%) rückläufig, nachdem es im Vorjahresquartal durch einmalige Sonderzahlungen einen besonders hohen Stand (+ 27,8%) verzeichnet hatte. Auch die Grundsteuern erbrachten diesmal mit 81 Mill. DM 0,9% weniger.

Nach Steuerverteilung entfielen 2,3 Mrd. DM (– 4,4%) auf den Bund, 1,9 Mrd. DM (+ 3,6%) auf das Land und 769 Mill. DM (– 2,6%) auf die Gemeinden (Gv.). pf

Schwangerschaftsabbrüche

Vorbemerkungen

Seit Mitte 1976 wird eine Bundesstatistik der legalen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. Rechtsgrundlage ist Artikel 4 des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 18. Juni 1974 (BGBl. I S. 1297), geändert durch Artikel 3 Nr. 2 des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. Mai 1976 (BGBl. I S. 1213). Erhebungstatbestände sind zum einen Angaben zum Schwangerschaftsabbruch wie Begründung des Abbruchs (Indikation), Schwangerschaftsdauer, Ort der Durchführung des Eingriffs und eventuelle Komplikationen. Zum anderen werden einige Angaben zur Person der Schwangeren erhoben, insbesondere ihr Alter und Familienstand, Zahl der von ihr versorgten Kinder und der vorangegangenen Schwangerschaften. Nicht nachgewiesen werden Name und Anschrift der Betroffenen.

Über jeden Schwangerschaftsabbruch hat der den Eingriff vornehmende Arzt ein Zählblatt zu erstellen und dem Statistischen Bundesamt zur Auswertung zuzuleiten. Die Aufbereitung der Statistik erfolgt zentral durch das Statistische Bundesamt, das den Statistischen Landesämtern die ihren Bereich betreffenden Ergebnisse zur Verfügung stellt.

Das Statistische Bundesamt geht seit Einführung der Schwangerschaftsabbruchstatistik von einer gewissen,

nicht exakt quantifizierbaren statistischen Untererfassung der Abbrüche aus, die darauf zurückgeführt wird, daß nicht alle Ärzte ihrer gesetzlichen Pflicht zur Erstellung und Abgabe eines Zählblattes in vollem Umfang nachkommen. Trotzdem liefert das vorliegende Zahlenmaterial wichtige Erkenntnisse insbesondere über die Begleitumstände der Abbrüche sowie über die Zusammensetzung des Kreises der betroffenen Frauen. Man kann davon ausgehen, daß die statistisch nachgewiesenen Abbrüche, deren Anzahl als Untergrenze aller Eingriffe anzusehen ist, ein strukturelles Abbild der insgesamt vorgenommenen Abbrüche darstellen.

2 105 legale Schwangerschaftsabbrüche

Nach den Ergebnissen der Statistik wurden 1984 in Rheinland-Pfalz 2 105 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen. Dies ist die bisher höchste Zahl seit Beginn der statistischen Nachweisungen für das Jahr 1976. Im Jahre 1978 waren rund 1 000 Abbrüche registriert worden, zwei Jahre später 1 300 und für 1982 bereits 1 812. Rückläufige Werte gegenüber dem jeweils vorangegangenen Jahr ergaben sich 1981 mit 1 243 Fällen (– 4,5%) und 1983, als 1 790 Fälle (– 1,2%) gezählt wurden.

Auf Bundesebene verlief die Entwicklung nur teilweise parallel. Den bisherigen Höhepunkt der Ab-

Schwangerschaftsabbrüche nach dem Alter und dem Familienstand der Schwangeren 1979 - 1984

Altersgruppe Familienstand	1979		1980		1981		1982		1983		1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<u>Altersgruppe</u>												
unter 15 Jahre	3	0,3	5	0,4	9	0,7	4	0,2	4	0,2	1	0,1
15 - 20 "	206	16,7	186	14,3	206	16,6	274	15,1	238	13,3	265	12,6
20 - 25 "	210	17,1	244	18,8	218	17,5	429	23,7	428	23,9	525	25,0
25 - 30 "	221	17,9	247	19,0	246	19,8	357	19,7	362	20,2	466	22,1
30 - 35 "	207	16,8	242	18,6	207	16,7	321	17,7	339	18,9	378	18,0
35 - 40 "	201	16,3	191	14,7	184	14,8	222	12,3	230	12,9	270	12,8
40 - 45 "	129	10,5	143	11,0	142	11,4	160	8,8	149	8,3	141	6,7
45 u.mehr "	25	2,0	22	1,7	24	1,9	27	1,5	29	1,6	32	1,5
Unbekannt	30	2,4	21	1,6	7	0,6	18	1,0	11	0,6	27	1,3
<u>Familienstand</u>												
Ledig	345	28,0	394	30,3	408	32,8	674	37,2	599	33,5	879	41,8
Verheiratet	792	64,3	799	61,4	730	58,7	947	52,3	1 004	56,1	1 038	49,3
Verwitwet	7	0,6	9	0,7	7	0,6	21	1,2	15	0,8	8	0,4
Geschieden	70	5,7	82	6,3	81	6,5	132	7,3	147	8,2	140	6,7
Unbekannt	18	1,5	17	1,3	17	1,4	38	2,1	25	1,4	40	1,9
I n s g e s a m t	1 232	100,0	1 301	100,0	1 243	100,0	1 812	100,0	1 790	100,0	2 105	100,0

Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz
und im Bundesgebiet 1977 - 1984

Jahr	Rheinland-Pfalz			Bundesgebiet		
	ins- gesamt	je 1 000 Lebend- und Totge- borene	je 1 000 Frauen im Alter von 15-45 Jahren	ins- gesamt	je 1 000 Lebend- und Totge- borene	je 1 000 Frauen im Alter von 15-45 Jahren
1977	587	17,1	0,8	54 309	92,6	4,1
1978	1 008	29,2	1,4	73 548	127,0	5,6
1979	1 232	35,2	1,6	82 788	141,8	6,2
1980	1 301	34,7	1,7	87 702	140,1	6,6
1981	1 243	33,1	1,6	87 535	139,9	6,4
1982	1 812	48,6	2,3	91 064	146,2	6,6
1983	1 790	50,3	2,3	86 529	145,2	6,3
1984	2 105	59,1	2,7	86 298	147,1	6,4

brüche weist die Statistik mit 91 064 Fällen für das Jahr 1982 aus. Ein Rückgang der Fallzahlen war hier nicht nur – wie in Rheinland-Pfalz – für die Jahre 1981 und 1983, sondern auch für 1984 festzustellen. Während die für das Land ermittelten Schwangerschaftsabbrüche des Jahres 1984 gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 18% bedeuten, verringerte sich die Anzahl auf Bundesebene, wenn auch nur geringfügig, um 231 Fälle oder 0,3%. Im mittelfristigen Zeitvergleich zeigt sich eine noch stärkere Divergenz zwischen dem Land und dem Bundesgebiet, denn 1984 lag die Zahl der abgebrochenen Schwangerschaften in Rheinland-Pfalz um 109% über derjenigen von 1978. Das Bundesergebnis weist dagegen nur eine Steigerung um 17% aus.

Knapp 60 Abbrüche je 1 000 Geburten

Kriterium für die Gliederung der Daten nach Bundesländern ist nicht der Wohnort der Schwangeren – er wird durch die Statistik nicht erfragt – sondern der Ort, an welchem der Eingriff durchgeführt wurde. Da erfahrungsgemäß die Schwangerschaftsabbrüche zum Teil außerhalb der Wohnsitzländer erfolgen, ist die Zahl der in Rheinland-Pfalz vorgenommenen Abbrüche nicht unbedingt identisch mit der Zahl der Frauen mit rheinland-pfälzischem Wohnsitz, die innerhalb oder außerhalb des Landes eine Schwanger-

schaft beenden ließen. Wenn trotzdem die Schwangerschaftsabbrüche in Relation zur Zahl der Geborenen sowie der Frauen im gebärfähigen Alter in Rheinland-Pfalz errechnet wurden, so können diese Bezugswerte nur grobe Orientierungswerte zur besseren Einordnung der absoluten Zahlen bedeuten.

Bezogen auf jeweils 1 000 Geburten (Lebend- und Totgeborene) wurden 1984 in Rheinland-Pfalz 59 Schwangerschaften abgebrochen. 1978 belief sich der entsprechende Wert auf 29, 1980 auf 35, 1982 auf 49 und im darauffolgenden Jahr auf 50. Die Zahl der Geburten stieg zwar von 34 577 im Jahre 1978 auf 37 601 im Jahre 1981, sie war jedoch danach wieder rückläufig und lag 1984 mit 35 643 um 3% über dem Wert von 1978.

Da auf Bundesebene die Nichtübereinstimmung des Orts des Schwangerschaftsabbruchs und des Wohnorts der Schwangeren unerheblich ist, stehen der Berechnung der Abbrüche je 1 000 Geburten hier keine methodischen Bedenken entgegen. Im Vergleich zu den rheinland-pfälzischen Zahlen errechnen sich für das Bundesgebiet weit höhere Quoten, die gleichfalls einen zunehmenden Trend aufweisen. 1978 wurden im Bundesdurchschnitt 127 Abbrüche je 1 000 Geborene vorgenommen. Dieser Wert erhöhte sich 1980 auf 140, 1982 auf 146 und 1984 auf 147.

Eine weitere Bezugswerte, die Zahl der Eingriffe je 1 000 Frauen zwischen 15 und 45 Jahren, zeigt für Rheinland-Pfalz seit 1978 ebenfalls steigende Tendenz. Wurden 1978 erst 1,4 Abbrüche je 1 000 Frauen dieser Altersgruppe durchgeführt, so belief sich der entsprechende Wert 1980 auf 1,7, 1982 und 1983 jeweils auf 2,3 und 1984 auf 2,7, was den bisher höchsten Wert bedeutet. Zum Vergleich: die Zahl der in die vorgenannte Altersklasse fallenden Frauen der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung war 1984 um 3% höher als 1978.

Die für das Bundesgebiet ermittelten Quoten differierten zwischen 5,6 im Jahre 1978 und 6,4 im Jahre 1984. Auch diese Werte liegen deutlich über den rheinland-pfälzischen Vergleichswerten.

Ein Viertel aller Eingriffe entfiel auf Frauen zwischen 20 und 25 Jahren

Die Aufgliederung der durch die Schwangerschaftsabbruchstatistik nachgewiesenen Frauen nach ihrem

Schwangerschaftsabbrüche nach der Begründung des Abbruchs 1979 - 1984

Begründung des Abbruchs	1979		1980		1981		1982		1983		1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Allgemein-medizinische Indikation	297	24,1	295	22,7	293	23,6	227	12,5	267	14,9	189	9,0
Psychiatrische Indikation	29	2,4	25	1,9	79	6,4	12	0,7	45	2,5	120	5,7
Eugenische Indikation	132	10,7	50	3,9	47	3,8	35	1,9	37	2,1	26	1,2
Ethische Indikation	4	0,3	2	0,2	2	0,2	2	0,1	2	0,1	2	0,1
Sonstige schwere Notlage	762	61,9	916	70,4	803	64,6	1 495	82,5	1 412	78,9	1 682	79,9
Unbekannt	8	0,7	13	1,0	19	1,5	41	2,3	27	1,5	86	4,1
I n s g e s a m t	1 232	100,0	1 301	100,0	1 243	100,0	1 812	100,0	1 790	100,0	2 105	100,0

Altersgruppe Familienstand	Insgesamt		Begründung des Abbruchs					
			allgemein- medi- zinische	psychia- trische	eugenische	ethische	sonstige schwere Notlage	unbekannt
	Anzahl		%					
<u>Altersgruppe</u>								
unter 20 Jahren	266	100,0	7,2	5,3	0,4	-	84,6	2,6
20 - 25 "	525	100,0	7,4	5,7	0,6	0,4	81,9	4,0
25 - 30 "	466	100,0	8,6	5,2	1,7	-	82,2	2,4
30 - 35 "	378	100,0	7,9	5,8	1,3	-	80,2	4,8
35 - 40 "	270	100,0	13,0	7,0	2,2	-	72,6	5,2
40 - 45 "	141	100,0	12,1	5,7	1,4	-	75,2	5,7
45 u.mehr "	32	100,0	21,9	6,3	3,1	-	65,6	3,1
<u>Familienstand</u>								
Ledig	879	100,0	6,5	5,8	0,4	0,2	84,3	2,8
Verheiratet	1 038	100,0	11,6	5,3	2,2	-	75,6	5,3
Verwitwet	8	100,0	12,5	-	-	-	87,5	-
Geschieden	140	100,0	7,1	7,1	-	-	82,9	2,9
Unbekannt	40	100,0	2,5	10,0	-	-	82,5	5,0
I n s g e s a m t ¹⁾	2 105	100,0	9,0	5,7	1,2	0,1	79,9	4,1

1) Einschl. 27 Fälle unbekannten Alters.

Alter zeigt ein Schwergewicht in den jüngeren Altersgruppen. Die relativ meisten Schwangeren, nämlich ein Viertel von ihnen, waren 1984 zum Zeitpunkt des Abbruchs zwischen 20 und 25 Jahre alt. Auf die 25- bis 30jährigen entfielen 22%, auf die 30- bis 35jährigen 18% und auf die 35- bis 40jährigen 13% aller Abbruchsfälle. Immerhin 13% aller legalen Abtreibungen betrafen junge Frauen, die erst 15 bis 20 Jahre alt waren, wogegen sich der Anteil der mindestens 45jährigen auf lediglich 1,5% belief. Die Kumulierung der unteren Altersklassen ergibt, daß drei Fünftel aller Frauen, die den Eingriff vornehmen ließen, noch keine 30 Jahre alt waren.

Im Zeitablauf vollzog sich eine bemerkenswerte Verschiebung in der Altersstruktur der Frauen, die eine Schwangerschaft beenden ließen. Generell läßt sich feststellen, daß der Anteil der 15- bis 20jährigen sowie der über 35jährigen Frauen an der Gesamtheit der Abbrüche in den letzten Jahren rückläufig war, wogegen die Entwicklung bei den 20- bis 35jährigen in die entgegengesetzte Richtung ging. So betrafen 1979 noch 17% der Abbrüche die Altersklasse der 15- bis 20jährigen (1984: 13%) und auch bei den 35- bis 40jährigen und den 40- bis 45jährigen verringerten sich die Anteile zwischen 1979 und 1984, und zwar von 16 bzw. 11% auf 13 bzw. 7%. Besonders ausgeprägt waren die Veränderungen in der Altersgruppe 20 bis 25 Jahre, auf die 1979 nur 17% der Abbrüche entfallen waren gegenüber immerhin 25% im Jahre 1984. Der Anteil der 25- bis 30jährigen erhöhte sich ebenfalls nicht unerheblich von 18% (1979) auf 22% (1984).

Zunehmender Anteil der Ledigen an den Abbrüchen

Hinsichtlich des Familienstandes der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, zeigen sich im Zeitablauf zwei entgegengesetzte Entwicklungstendenzen. Auf der einen Seite ging der Anteil der Verheirateten mehr oder weniger konti-

nuierlich zurück, während andererseits derjenige der Ledigen in ungefähr gleichem Umfang zunahm. So waren 1978 über 68% der Betroffenen zum Zeitpunkt des Eingriffs verheiratet. In den Folgejahren sank ihr Anteil auf 61% im Jahre 1980, 52% im Jahre 1982 und schließlich 1984 auf weniger als die Hälfte (49%). Demgegenüber entfielen 1978 auf die Ledigen nur 22% der Abbrüche, 1980 waren es 30%, zwei Jahre später dann 37%, um 1984 eine Quote von nahezu 42% zu erreichen. Die Anteile der Geschiedenen sowie der Witwen an den gesamten Schwangerschaftsabbrüchen bewegten sich in den zurückliegenden Jahren in einer relativ gleichbleibenden Größenordnung. Sie beliefen sich 1984 bei den geschiedenen Schwangeren auf 6,7% (1978: 6,3%) und bei den Verwitweten auf 0,4% (1978: 1%).

Der zunehmende Anteil der Ledigen an den Schwangerschaftsabbrüchen ist allerdings auch vor dem Hintergrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung zu sehen. Denn von der Gesamtheit der rheinland-pfälzischen Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren waren 1978 nur 31% ledig, 1982 hatte ihr Anteil auf 35% und 1983 auf 36% zugenommen. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich der entsprechende Anteil der Verheirateten von 65% im Jahre 1978 auf 60% (1982) bzw. 59% in 1983.

Vier Fünftel aller Abbrüche wegen sonstiger schwerer Notlage

In § 218 a des Strafgesetzbuches (StGB) sind die Indikationen zum legalen Schwangerschaftsabbruch aufgeführt. Demgemäß werden in der Statistik unterschieden

- allgemein-medizinische Indikation
- psychiatrische Indikation
- eugenische Indikation
- ethische Indikation
- sonstige schwere Notlage.

Altersgruppe	Insgesamt	Frauen ohne Kinder	Frauen mit ... Kindern				
			zusammen 2)	1	2	3	4 und mehr
unter 25 Jahre	791	626	167	118	35	11	3
25 - 35 "	844	273	573	225	229	88	31
35 - 45 "	411	40	385	110	175	59	41
45 u.mehr "	32	9	23	7	5	5	6
Unbekannt	27	13	14	4	8	-	2
I n s g e s a m t	2 105	961	1 162	464	452	163	83
%	100,0	45,7	100,0	39,9	38,9	14,0	7,2
dagegen 1983	1 790	693	1 121	416	438	160	107
%	100,0	38,7	100,0	37,1	39,1	14,3	9,5

1) Ledige Kinder unter 18 Jahren oder pflegebedürftige ältere Kinder. - 2) 18 Fälle als Doppelzählung im Jahr 1984 enthalten.

Die sonstige schwere Notlage war 1978 noch in weniger als der Hälfte der Fälle (49%) als Begründung des Schwangerschaftsabbruchs genannt worden. Seitdem kam dieser Indikation jedoch immer mehr Bedeutung zu. Bereits 1979 entfielen auf sie fast 62% der Fälle, 1980 waren es rund 70%, um 1982 mit knapp 83% die bisher höchste Quote zu erreichen. Für die Jahre 1983 und 1984 errechnen sich Anteilswerte von jeweils annähernd vier Fünfteln. Die allgemein-medizinische Indikation lag 1978 noch 36% aller Eingriffe zugrunde, 1979 waren es 24%, 1983 knapp 15% und 1984 lediglich 9%. Aufgrund einer psychiatrischen Indikation erfolgten 1984 insgesamt 6% der Abbrüche.

Eine eugenische Indikation liegt vor, wenn zu vermuten ist, daß das Kind an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwerwiegend ist, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann. Bei der ethischen Indikation – sie wird auch kriminologische oder Indikation der aufgezwungenen Schwangerschaft genannt – ist Voraussetzung, daß eine rechtswidrige Tat nach §§ 176 bis 179 StGB an der Schwangeren begangen wurde und dringende Gründe dafür sprechen, daß die Schwangerschaft auf dieser Tat beruht. Die eugenische und die ethische Indikation waren mit Anteilen von 1,2 bzw. 0,1% nur von untergeordneter Bedeutung. Allerdings war die eugenische Indikation 1978 noch in 8% und 1979 in 11% aller Eingriffe als Begründung für die Beendigung der Schwangerschaft gemeldet worden.

Ein gemeinsames Kriterium der allgemein-medizinischen, der psychiatrischen und der eugenischen Indikation ist es, daß durch den Schwangerschaftsabbruch eine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Schwangeren oder des Kindes abgewendet werden soll. Betrachtet man die vorgenannten drei Indikationen als Einheit, so zeigt sich, daß 1984 lediglich knapp 16% aller Abbrüche unter medizinischen bzw. gesundheitlichen Aspekten vorgenommen wurden. Im Jahre 1979 hatte sich der entsprechende

Anteil noch auf über 37% und 1981 auf rund 34% belaufen.

Notlagenindikation vor allem bei jüngeren Frauen

Die durchschnittliche Häufigkeitsverteilung der einzelnen Indikationen variiert in gewissem Umfang in Abhängigkeit vom Familienstand sowie insbesondere vom Alter der Schwangeren.

So war 1984 der Anteil der allgemein-medizinischen Indikation an den gesamten Schwangerschaftsabbrüchen der Verheirateten mit 12% deutlich höher als bei den Ledigen (7%). Die psychiatrische Indikation spielte mit einer Quote von 7% bei den Geschiedenen eine größere Rolle als bei den ledigen (6%) und den verheirateten (5%) Schwangeren. Die sonstige schwere Notlage war mit einem Anteil von über 84% die häufigste Abbruch-Ursache bei den Ledigen, aber auch für nahezu 83% der Geschiedenen. Bei den verheirateten Schwangeren war die Notlagenindikation mit einem Anteil von knapp 76% dagegen von etwas geringerer Bedeutung.

Unterschiedliches Gewicht kommt den fünf Indikationen auch je nach dem Alter der Schwangeren zu. Generell läßt sich feststellen, daß die unter gesundheitlichen Aspekten vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche mit zunehmendem Alter der Schwangeren an Bedeutung gewinnen, wogegen die schwere Notlage vermehrt in den unteren Altersgruppen vorkommt. Es entfielen beispielsweise nur gut 7% der Abbrüche der unter 25 Jahre alten Frauen auf die allgemein-medizinische Indikation, während die entsprechende Quote bei den 40- bis 45-jährigen 12% und bei den über 45jährigen 22% betrug. Auch die psychiatrische und die eugenische Indikation waren erwartungsgemäß in der Tendenz bei den jüngeren Frauen relativ seltener als in den oberen Altersgruppen. Umgekehrt erreichte die sonstige schwere Notlage bei den unter 20jährigen mit nahezu 85% den höchsten Anteilswert, wogegen nur bei rund 66% der über 45jährigen Schwangeren diese Indikation dem Abbruch zugrunde lag.

Anteil der Kinderlosen Frauen gestiegen

Von den insgesamt 2 105 Frauen, die 1984 in Rheinland-Pfalz einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, hatten rund 55% mindestens ein zu versorgendes Kind. Hierunter fallen in der Abgrenzung der Statistik alle ledigen Kinder unter 18 Jahren sowie pflegebedürftige ältere Kinder. 961 oder knapp 46% der Schwangeren waren dagegen entweder kinderlos oder hatten keine minderjährigen oder pflegebedürftigen älteren Kinder. Fünf Jahre zuvor hatte der Anteil der Schwangeren mit zu versorgenden Kindern noch etwa 68% ausgemacht, 1981 waren es gut 65% und 1982 weniger als 62%.

Ein Vergleich dieser Anteilswerte mit denen der Gesamtheit der rheinland-pfälzischen Mütter lediger minderjähriger Kinder deutet darauf hin, daß Frauen mit Kindern offenbar eher geneigt sind, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen als Frauen ohne Kinder dieser Alterskategorie. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten 1982 von der Gesamtheit aller Frauen nur rund drei Zehntel ledige, unter 18 Jahre alte Kinder, die in ihrem Haushalt lebten.

In dem Maße, wie in den letzten Jahren der Anteil der Mütter mit zu versorgenden Kindern in der Schwangerschaftsabbruchstatistik zurückging, nahm derjenige der Frauen ohne solche Kinder zu. Der zwischen 1979 und 1984 von knapp 32% auf rund 46% gestiegene Anteil der kinderlosen Frauen macht ihre gewachsene Bereitschaft zum Schwangerschaftsabbruch deutlich.

Von den Müttern minderjähriger Kinder, die sich 1984 einem Schwangerschaftsabbruch unterzogen, hatten zum Zeitpunkt des Eingriffs etwa jeweils zwei Fünftel ein bzw. zwei Kinder, 14% hatten drei und 7,2% mindestens vier Kinder. Auch diese Verteilung weicht von der Struktur der Kinderzahl der Gesamtbevölkerung gemäß den Mikrozensusdaten zum Teil deutlich ab, denn danach hatte 1982 gut die Hälfte aller Mütter nur ein Kind, 35% hatten zwei Kinder, 9% hatten drei und lediglich 3% der Mütter hatten vier und mehr Kinder. Der Vergleich der Relationen insbesondere der Frauen mit drei bzw. mindestens vier Kindern läßt den Schluß zu, daß Schwangere mit drei und mehr Kindern überdurchschnittlich oft weitere Schwangerschaften abbrechen lassen.

Nur 2,4% aller Abbrüche erfolgten in Rheinland-Pfalz

Bei der Aufgliederung der Daten nach Bundesländern ist zu beachten, daß die Zuordnung der Fälle nicht nach dem Wohnort, sondern dem Abbruchort erfolgt. Die Regionaldaten erlauben also nur bedingt Aussagen über die möglicherweise unterschiedlich ausgeprägte Bereitschaft der in den einzelnen Bundesländern wohnhaften Frauen zum Schwanger-

Schwangerschaftsabbrüche in den Bundesländern 1983 und 1984

Land	1983		1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	3 977	4,6	4 544	5,3
Hamburg	5 069	5,9	5 680	6,6
Niedersachsen	7 520	8,7	6 811	7,9
Bremen	6 839	7,9	6 279	7,3
Nordrhein-Westfalen	25 883	29,9	25 280	29,3
Hessen	16 991	19,6	19 420	22,5
Rheinland-Pfalz	1 790	2,1	2 105	2,4
Baden-Württemberg	9 221	10,7	7 910	9,2
Bayern	5 995	6,9	5 011	5,8
Saarland	654	0,8	375	0,4
Berlin (West)	2 590	3,0	2 883	3,4
Bundesgebiet	86 529	100,0	86 298	100,0

schaftsabbruch. Aus ihnen können jedoch gewisse Schlußfolgerungen über die regional unterschiedlichen Möglichkeiten, in der Bundesrepublik einen derartigen Eingriff vornehmen zu lassen, gezogen werden.

Von den 1984 im Bundesgebiet durchgeführten insgesamt 86 300 Schwangerschaftsabbrüchen entfiel mit 2,4% der zweitniedrigste Anteil aller Länder auf Rheinland-Pfalz. Demgegenüber waren Ende 1983 insgesamt 5,8% aller 15 bis 45 Jahre alten Frauen des Bundesgebietes in Rheinland-Pfalz wohnhaft. Im Jahre 1983 waren sowohl absolut als auch relativ weniger Schwangerschaften in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern und Praxen vorgenommen worden, und zwar 1 790, das entspricht 2,1% des Bundesergebnisses.

Unter allen Bundesländern verzeichnete 1984 Nordrhein-Westfalen mit 25 280 Fällen die meisten Abbrüche. Diese Zahl entspricht rund drei Zehnteln der insgesamt im Bundesgebiet nachgewiesenen Abtreibungen. In Hessen ließen 19 420 Frauen (23%) eine Schwangerschaft beenden. Die drittgrößte Zahl wurde mit 7 910 Fällen (9%) in Baden-Württemberg registriert.

Gegenüber 1983 blieb die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche im Bundesgebiet nahezu konstant (– 0,3%). Für fünf Bundesländer errechnet sich eine Zunahme der Abbruchzahlen, wobei hierbei zum Teil auch eine bessere Erfüllung der Berichtspflicht eine Rolle gespielt haben kann. Neben Rheinland-Pfalz (+ 18%) erhöhte sich die Zahl der Eingriffe in Schleswig-Holstein (+ 14%), Hamburg (+ 12%), Hessen (+ 14%) und Berlin (+ 11%). In den übrigen Ländern war die Entwicklung in unterschiedlichem Maße rückläufig, so vor allem – bei allerdings geringen Fallzahlen – im Saarland (– 43%), in Bayern (– 16%), Baden-Württemberg (– 14%), Niedersachsen (– 9%), Bremen (– 8%) und Nordrhein-Westfalen (– 2,3%).

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Qualifikationsstruktur der Industriebeschäftigten 1960 bis 1984

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer in der Industrie spiegelt nicht nur die Veränderung der Branchenstruktur, sondern vor allem auch die durch die technische Entwicklung eingetretenen Veränderungen in den Anforderungen an die jeweiligen Arbeitsplätze wider. Das Datenmaterial zur Ermittlung der Qualifikationsstruktur stammt aus der Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Die zeitliche Vergleichbarkeit der ermittelten Angaben ist insofern etwas eingeschränkt, als bei der Verdiensterhebung, die als Stichprobe erfolgt, in Abständen von etwa acht Jahren ein Austausch der Betriebsbetriebe erforderlich wird. Insbesondere beim Vergleich einzelner Wirtschaftszweige kann der durch den neuen Berichtskreis entstandene geringfügige Bruch die Aussagekraft der Ergebnisse etwas beeinträchtigen. Für die Darstellung der langfristigen Entwicklung der Qualifikationsstruktur wurde das Leistungsschema der Verdiensterhebung in Industrie und Handel zugrundegelegt.

Die Arbeiter lassen sich aufteilen in drei Leistungsgruppen

Leistungsgruppe 1: Facharbeiter, Vorarbeiter und Meister, soweit als Arbeiter eingestuft

Leistungsgruppe 2: angelernte Arbeiter

Leistungsgruppe 3: ungelernte Arbeiter.

Bei der Einstufung ist die ausgeübte Tätigkeit ausschlaggebend. Es kommt also nicht darauf an, ob der Arbeiter einen Facharbeiterbrief besitzt, um in Leistungsgruppe 1 eingeordnet zu werden. Die Befähigung kann auch durch langjährige Beschäftigung bei entsprechenden Arbeiten erworben werden. In den Tarifen sind die Angehörigen der Leistungsgruppe 1 meist als Facharbeiter, auch qualifizierte oder hochqualifizierte Facharbeiter, Spezialfacharbeiter, Meister oder Vorarbeiter im Stundenlohn oder ähnlich bezeichnet. Arbeiter der Leistungs-

gruppe 2 haben ihre Kenntnisse und Fähigkeiten meist durch eine mindestens drei Monate dauernde Anlernzeit erworben. In den Tarifen werden diese Arbeiter als Spezialarbeiter, qualifizierte angelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter, vollwertige Betriebsarbeiter oder angelernte Hilfsarbeiter bezeichnet. Für Arbeiter der Leistungsgruppe 3 ist eine fachliche Ausbildung auch nur beschränkter Art nicht erforderlich. In den Tarifen werden diese Arbeiter meist Hilfsarbeiter oder ungelernte Arbeiter genannt. Hinzuweisen ist auch darauf, daß es im gewerblichen Bereich relativ viele Arbeitnehmer gibt, denen auf Grund ihrer Funktion beispielsweise als Meister oder Werkmeister der Angestelltenstatus übertragen wurde. Außerdem ist schon seit vielen Jahren die Tendenz zu beobachten, vor allem die höher qualifizierten gewerblichen Beschäftigten als Angestellte einzustufen.

Die vielgestaltigen und von unterschiedlichen Schwierigkeiten geprägten Tätigkeiten der Angestellten werden in fünf Leistungsgruppen gegliedert, von denen jedoch die Leistungsgruppe I (leitende Angestellte mit voller Dispositionsbefugnis, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht wählbar sind) bei der Verdiensterhebung in Industrie und Handel nicht erfaßt wird.

Zur Leistungsgruppe II gehören kaufmännische und technische Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit mit eingeschränkter Dispositionsbefugnis, die Angestellte anderer Tätigkeitsgruppen einzusetzen und verantwortlich zu unterweisen haben, ferner Angestellte mit umfassenden kaufmännischen oder technischen Kenntnissen. Hinzu kommen Angestellte, die als Meister mit hohem beruflichen Können und besonderer Verantwortung großen Werkstätten oder Abteilungen vorstehen.

Die Leistungsgruppe III umfaßt kaufmännische und technische Angestellte mit mehrjähriger Berufserfah-

Qualifikationsstruktur der Industriearbeiter nach Wirtschaftsbereichen und Geschlecht 1960 und 1984

Wirtschaftsbereich	Männliche Arbeiter						Weibliche Arbeiter					
	Leistungsgruppe						Leistungsgruppe					
	1	2	3	1	2	3	1	2	3	1	2	3
	1960			1984			1960			1984		
	%											
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	37	50	13	54	41	5	1	24	75	10	59	31
Investitionsgüterindustrie	58	32	10	67	24	9	1	21	78	4	27	69
Verbrauchsgüterindustrie	52	33	15	48	38	14	12	48	40	16	48	36
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	56	26	18	57	30	13	8	16	76	3	32	65
Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	51	17	32	61	24	15	-	-	-	-	-	-
Industrie ohne Bauindustrie	47	40	13	58	33	9	9	39	52	10	41	44
Industrie einschl.Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	48	35	17	60	31	9	9	39	52	10	41	49

rung oder besonderen Fachkenntnissen und Fähigkeiten, die selbständig arbeiten, jedoch in der Regel keine Verantwortung für die Tätigkeit anderer tragen. Hinzu kommen Angestellte mit qualifizierter Tätigkeit, die die fachlichen Erfahrungen eines Meisters aufweisen, größeren Werkstätten oder Abteilungen vorstehen und denen Aufsichtspersonen unterstellt sind.

In der Leistungsgruppe IV befinden sich kaufmännische und technische Angestellte in einfacher Tätigkeit. Ihre Ausübung erfordert eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufstätigkeit, den erfolgreichen Besuch einer Fachschule oder durch privates Studium erworbene Fachkenntnisse. Dazu kommen außerdem Angestellte, die als Aufsichtspersonen einer kleineren Zahl von überwiegend ungelernten Arbeitern vorstehen, sowie Hilfsmeister.

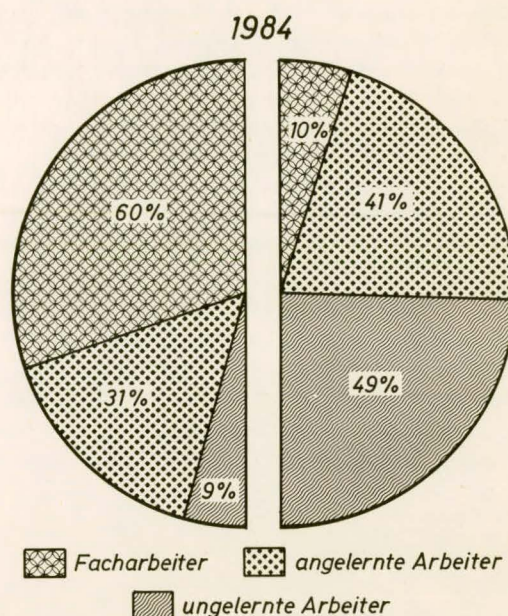
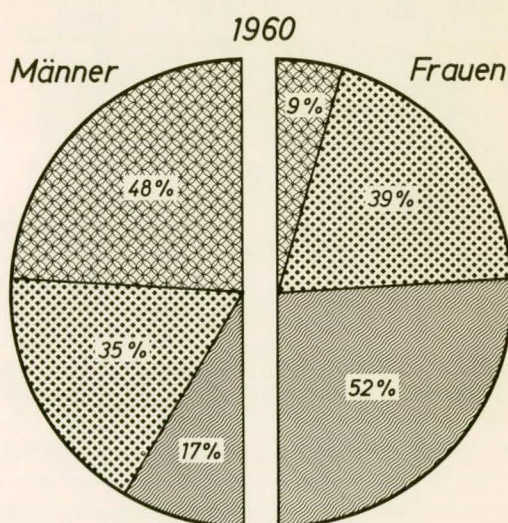
In die Leistungsgruppe V werden kaufmännische und technische Angestellte eingeordnet, die einfache schematische oder mechanische Tätigkeiten ausüben, die keine Berufsausbildung erfordern.

Ausgeprägter Trend zu höherer Qualifikation bei männlichen Industriearbeitern

Die Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten in der Industrie weist von 1960 bis 1984 einen deutlichen Trend zu höherwertiger Tätigkeit aus. Befanden sich im Jahre 1960 von den männlichen Industriearbeitern 48% in Leistungsgruppe 1, 35% in Leistungsgruppe 2 und 17% in Leistungsgruppe 3, so beliefen sich 1984 die entsprechenden Anteile auf 60, 31 und 9%. Die zunehmende Eingliederung der männlichen Arbeiter in die Gruppe der Facharbeiter ist vor allem seit 1973 zu beobachten. In entsprechendem Umfang ging die Quote der ungelernten Arbeiter zurück, während der Anteil der Hilfsarbeiter, der 1964 bei 11% gelegen hatte, bis 1984 kaum weiter abnahm. Zu dieser Entwicklung dürfte beigetragen haben, daß bis zur ersten Energiekrise 1973 dem Arbeitsmarkt eine hohe Zahl von meist angelernten ausländischen Arbeitern zur Verfügung stand. Nach dem Anwerbestop versiegte der Zustrom ungelernter Arbeitskräfte, während die schon längere Zeit in der rheinland-pfälzischen Industrie tätigen ausländischen Arbeiter inzwischen teilweise höher eingruppiert wurden.

Weniger ausgeprägt verlief die Entwicklung bei den weiblichen Arbeitern, die etwa ein Fünftel aller Industriearbeiter ausmachen, deren Qualifikation in den zurückliegenden 24 Jahren nur wenig zunahm. Im Jahre 1960 waren von diesen 9% Facharbeiterinnen, 39% angelernte Arbeiterinnen und 52% Hilfsarbeiterinnen. Im Jahre 1984 beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 10, 41 und 49%. Die im Vergleich zu den Männern deutlich niedrigere Einstufung der Arbeiterinnen — sie ist im gesamten untersuchten Zeitraum festzustellen — ist auf ein ganzes Bündel von Ursachen zurückzuführen, wobei vor allem der niedrigere Ausbildungsstand, die häufige Beschäftigung in Wirtschaftszweigen, die ganz überwiegend Arbeitsplätze für angelernte und ungelernte Arbeiter anzubieten haben, die niedrigere Zahl der

Industriearbeiter¹⁾ nach Geschlecht und Leistungsgruppen



1) einschl. Hoch- u. Tiefbau

48/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Berufsjahre und die oft geringe Dauer der Betriebszugehörigkeit zu nennen sind.

In der Investitionsgüterindustrie mit 58% höchster Anteil an Facharbeitern

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter in den Wirtschaftsbereichen zeigt ein differenziertes Bild. Die stärkste Zunahme an qualifizierten Arbeitsplätzen konnte in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ermittelt werden; dort stieg im untersuchten Zeitraum der Anteil der in Leistungsgruppe 1 eingestuften Arbeiter von 34 auf 51%. Dem-

Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe							
	2	3	4	5	2	3	4	5
	1960				1984			
	%							
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	25	51	21	3	40	51	9	0
Investitionsgüterindustrie	23	39	28	10	41	53	6	0
Verbrauchsgüterindustrie	22	48	24	6	33	55	11	1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	24	48	23	5	34	54	11	1
Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	20	71	7	2	33	59	7	1
Industrie einschl.Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	23	49	22	6	38	53	8	1

entsprechend ging die Quote in Leistungsgruppe 2 von 48 auf 42% und in Leistungsgruppe 3 von 18 auf 7% zurück. Die Höherstufungen wirkten sich in diesem Wirtschaftsbereich in besonderem Maße auf die Arbeiterinnen aus, von denen 1984 schon 10% als Facharbeiter, 59% als angelernte und nur noch 31% als ungelernte Arbeiterinnen eingruppiert waren. Im Jahre 1960 waren dagegen noch Anteile von 1, 24 und 75% ermittelt worden. Im vergangenen Jahr lag deren Qualifikation leicht über dem Durchschnitt aller Industriearbeiterinnen. Eine überdurchschnittliche Qualifikation wird auch in der Investitionsgüterindustrie gefordert, wo im Jahre 1984 nicht weniger als knapp drei Fünftel aller Arbeiter als Facharbeiter galten. Damit verfügt die Investitionsgüterindustrie von allen Wirtschaftsbereichen über den höchsten Anteil an Facharbeitern. Der Anteilsgewinn in Leistungsgruppe 1 ging nahezu gleichermaßen zu Lasten der Leistungsgruppe 2 und 3, deren Quoten bis 1984 auf 23 bzw. 19% zurückgingen. Die Untergliederung nach männlichen und weiblichen Arbeitern zeigt, daß die Tendenz zur Höhergruppierung als Facharbeiter bei den Männern deutlich stärker ausgeprägt war als bei den Frauen. Nur noch knapp ein Viertel der Männer nahm im Jahre 1984 die Plätze für angelernte Arbeiter ein, während bei den Frauen diese Gruppe im untersuchten Zeitraum auf 27% anstieg. In diesem Wirtschaftsbereich ist der Anteil der ungelernten Arbeiterinnen mit 69% am höchsten.

Hoher Anteil an ungelernten Arbeitern in der Verbrauchsgüterindustrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

In der Verbrauchsgüterindustrie sowie im Wirtschaftsbereich Nahrungs- und Genußmittel, die als Branchen mit frauentypischen gewerblichen Arbeitsplätzen gelten, nahmen die strukturellen Änderungen, was die qualitativen Anforderungen an die Arbeitsplätze anbelangt, einen anderen Verlauf. So erhöhte sich die Quote der Facharbeiter in der Verbrauchsgüterindustrie nur um 4 Prozentpunkte auf 35% und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 7 Prozentpunkte auf 48%. Beide Quoten lagen damit niedriger als in allen anderen Wirtschaftsbereichen. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Anteil der in der Verbrauchsgüterindustrie als Facharbeiter eingestuft Männer geringer wurde, während er sich bei den Frauen erhöhte. Relativ konstant blieb in beiden Wirtschaftsbereichen die Quote der angelernten Arbeiter (41 bzw. 29%), dagegen verminderte sich zwar das Gewicht der Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter, der Anteil dieser Beschäftigten war aber im Jahre 1984 mit 24% in der Verbrauchsgüterindustrie und 23% in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie noch deutlich höher als in den anderen Wirtschaftsbereichen.

Die Qualifikationsstruktur der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk) hat sich bis 1984 deutlich derjenigen der männlichen Industriearbeiter an-

Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe							
	2	3	4	5	2	3	4	5
	1960				1984			
	%							
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	4	35	45	16	10	59	28	3
Investitionsgüterindustrie	1	14	34	51	4	51	39	6
Verbrauchsgüterindustrie	3	20	46	31	5	43	45	7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4	28	54	14	6	51	34	9
Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	3	27	48	22	6	39	46	9
Industrie einschl.Hoch- und Tiefbau (mit Handwerk)	3	24	44	29	7	52	36	5

genähert. Lediglich die Quote der Hilfsarbeiter, die infolge des erheblich gestiegenen Einsatzes von Baumaschinen im untersuchten Zeitraum von 32 auf 15% reduziert wurde, blieb immer noch deutlich höher als bei den männlichen Industriearbeitern (9%).

Bei männlichen Angestellten dominierte Übergang zur Leistungsgruppe II, bei weiblichen Angestellten zur Leistungsgruppe III

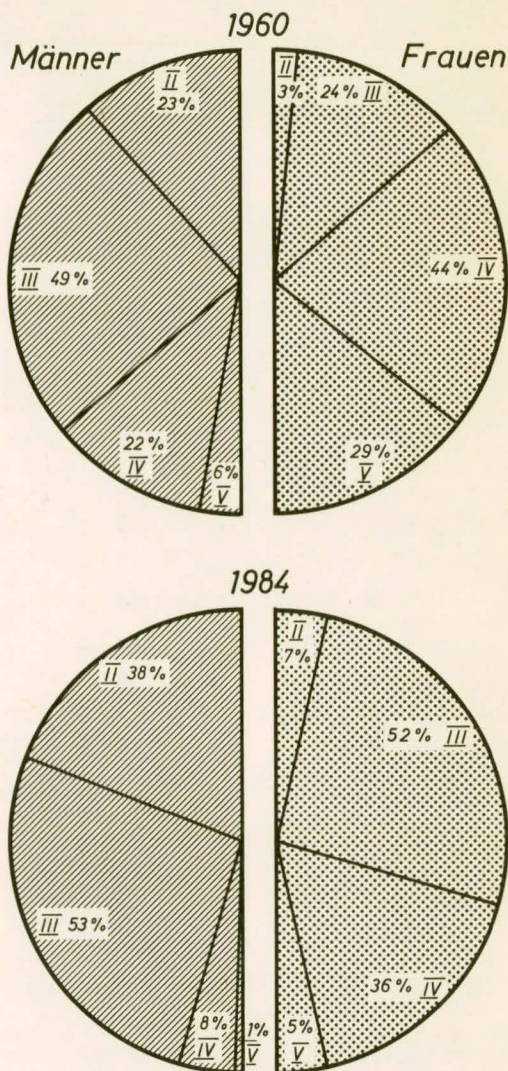
Verglichen mit den Industriearbeitern verlief die Entwicklung zur höheren Qualifikation bei den Angestellten noch stetiger und mit größerer Intensität. Im Jahre 1960 wurden für männliche Industrieangestellte in den Leistungsgruppen II bis V folgende Quoten ermittelt: 23, 49, 22 und 6%, im Jahre 1984 hingegen 38, 53, 8 und 1%. Während bis zum Jahre 1970 nur eine geringe Zunahme des Anteils der in Leistungsgruppe II eingestuft männlichen Industrieangestellten ermittelt werden konnte, verstärkte sich in den darauffolgenden Jahren der aufgezeigte Trend, so daß inzwischen schon fast zwei Fünftel von ihnen eine hochqualifizierte und entsprechend bezahlte Tätigkeit ausüben. Der Anteil der in Leistungsgruppe III befindlichen männlichen Angestellten stieg bis 1970 um 5 Prozentpunkte auf 54% und blieb dann nahezu konstant. Dem steht ein kontinuierlicher Rückgang der in den Leistungsgruppen IV und V beschäftigten Männern gegenüber, wobei die Quote für Leistungsgruppe V schon im Jahre 1974 auf 1% abgesunken war.

Bei den weiblichen Industrieangestellten dominierte der Übergang von den Leistungsgruppen IV und V in die Gruppe III. Wurden 1960 für die Leistungsgruppen II bis V Quoten von 3, 24, 44 und 29% ermittelt, so beliefen sie sich 1984 auf 7, 52, 36 und 5%. Die Entwicklung zur höheren Bewertung der Arbeitsplätze verlief bis Mitte der 70er Jahre ziemlich kontinuierlich, um sich danach zu verlangsamen.

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Industrieangestellten insgesamt nahm in den einzelnen Wirtschaftsbereichen einen ähnlichen Verlauf, wie dies für Arbeiter zutrifft, wobei die schon im Jahre 1960 ermittelten unterdurchschnittlichen Anteile der Leistungsgruppe II in der Verbrauchsgüterindustrie sowie im Wirtschaftsbereich Nahrungs- und Genussmittelindustrie auch 1984 zu beobachten waren. Dementsprechend lagen in diesen Bereichen die Anteile der Leistungsgruppe IV über dem Durchschnitt der gesamten Industrie.

Die vorliegenden Ergebnisse stützen die These, daß angesichts einer sich rasch wandelnden Arbeits-

Industrieangestellte¹⁾ nach Geschlecht und Leistungsgruppen



II-V- Leistungsgruppen

1) einschl. Hoch- u. Tiefbau

4/9/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

welt, nicht zuletzt verursacht durch den stärker werdenden Einsatz der Mikroelektronik, die Berufschancen der Arbeitnehmer bei höherer Qualifikation zu nehmen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Wirtschaftsstruktur der Landkreise

Im Hinblick auf das wachsende Interesse an regional gegliederten Daten werden im folgenden für die 24 rheinland-pfälzischen Landkreise einige Indikatoren dargestellt, die Aussagen über die wirtschaftliche Leistung, die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Struktur von Gebietseinheiten unterhalb der Landesebene ermöglichen.

Bildung von Strukturtypen

Um eine bessere Übersicht und Vergleichbarkeit der Daten zu erzielen, werden die Landkreise in drei Strukturtypen untergliedert.

Dabei sind zunächst zwei Hauptgruppen zu unterscheiden:

Landkreise nach Strukturtypen	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen 1982							Beschäftigte in der Landwirtschaft 1979	
	ins- gesamt	Anteil an der Bruttowertschöpfung			Anteil am Land	je Einwohner	Land = 100	ins- gesamt	je 1 000 Einwohner
		Land- und Forst- wirt- schaft	produ- zierendes Gewerbe	Dienst- lei- stungen					
Mill. DM	%				DM	je Einwohner	Anzahl		
(P):									
Altenkirchen (Ww.)	2 040	2,0	51,3	46,8	2,5	16 730	73,4	3 858	31,7
Mayen-Koblenz	3 694	2,7	48,2	49,2	4,5	19 550	85,7	5 136	27,1
Neuwied	2 932	1,6	49,2	49,2	3,5	18 900	82,9	3 745	24,3
Westerwaldkreis	2 843	2,0	48,6	49,4	3,4	16 800	73,7	5 756	34,5
Donnersbergkreis	1 026	6,3	50,5	43,3	1,2	15 360	67,4	4 045	60,9
Germersheim	3 816	1,4	80,1	18,5	4,6	37 610	164,9	3 522	35,2
Pirmasens	1 211	3,9	53,5	42,6	1,5	12 290	53,9	3 170	32,1
I n s g e s a m t	17 562	2,3	56,2	41,5	21,2	19 480	85,4	29 232	32,6
(D):									
Ahrweiler	1 690	3,5	36,8	59,6	2,0	15 270	67,0	4 724	42,9
Bad Kreuznach	2 874	5,0	44,5	50,5	3,5	19 650	86,2	8 537	58,3
Birkenfeld	1 624	2,7	40,3	56,9	2,0	18 680	81,9	3 262	37,2
Cochem-Zell	1 040	9,7	33,0	57,2	1,3	17 080	74,9	7 388	119,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 597	5,4	43,5	51,1	1,9	17 610	77,2	8 133	90,4
Rhein-Lahn-Kreis	1 892	3,4	39,3	57,3	2,3	16 010	70,2	5 042	42,7
Daun	973	6,3	37,3	56,5	1,2	17 390	76,3	6 206	111,6
Bad Dürkheim	1 695	9,6	38,1	52,3	2,0	14 530	63,7	6 423	55,7
Kaiserslautern	1 066	3,6	43,2	53,3	1,3	11 160	48,9	2 555	26,7
Kusel	824	4,3	39,9	55,9	1,0	11 020	48,3	3 763	49,9
Ludwigshafen	1 198	4,1	35,7	60,2	1,4	9 450	41,5	2 730	22,1
Mainz-Bingen	2 974	7,7	44,7	47,7	3,6	18 610	81,6	11 922	75,9
I n s g e s a m t	19 447	5,5	40,6	53,9	23,5	15 650	68,6	70 685	57,1
(L):									
Bernkastel-Wittlich	1 970	10,2	42,0	47,8	2,4	18 410	80,7	13 325	124,8
Bitburg-Prüm	1 401	12,2	37,5	50,5	1,7	15 730	69,0	12 662	141,9
Trier-Saarburg	1 468	11,2	38,7	50,2	1,8	11 770	51,6	11 967	97,0
Alzey-Worms	1 252	18,6	24,4	57,1	1,5	12 930	56,7	10 569	110,2
Südliche Weinstraße	1 489	11,5	34,0	54,5	1,8	15 600	68,4	10 209	107,2
I n s g e s a m t	7 580	12,4	36,0	51,6	9,2	14 780	64,8	58 732	115,0
Landkreise	44 590	5,4	46,0	48,6	53,7	16 780	73,6	158 649	60,0
Rheinland-Pfalz	82 992	3,1	46,2	50,7	100,0	22 810	100,0	166 846	45,9

(P) vom produzierenden Gewerbe bestimmte Kreise,

(D) von den Dienstleistungsbereichen (Handel, Verkehr, gewerbliche Dienstleistungen, Staat, private Haushalte) bestimmte Kreise.

Ein Kreis wird einem der Strukturtypen zugeordnet, wenn der Anteil der Bruttowertschöpfung eines dieser Bereiche mindestens 40% beträgt. Tragen beide Bereiche mit mehr als 40% zur Bruttowertschöpfung bei, so ist für die Zuordnung der Wirtschaftsbereich ausschlaggebend, der den entsprechenden durchschnittlichen Landeswert am stärksten übersteigt.

Nicht in diesen beiden Hauptgruppen, sondern gesondert ausgewiesen werden die Landkreise, in denen der Bereich Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung 10% übersteigt. Sie werden in

der Gruppe (L) als von der Landwirtschaft geprägte Kreise zusammengefaßt.

Die Hälfte aller rheinland-pfälzischen Landkreise ist von den Dienstleistungsbereichen bestimmt, wobei die Landkreise Ludwigshafen und Ahrweiler (jeweils 60%) die höchsten Werte aufweisen. Auch der Westerwaldkreis und die Kreise Mayen-Koblenz und Neuwied (jeweils 49%), die dem Strukturtyp (P) zuzuordnen sind, werden stark vom Dienstleistungssektor beeinflusst, ebenso sämtliche Landkreise vom Strukturtyp (L).

Eindeutig vom produzierenden Gewerbe geprägt sind die Landkreise Germersheim (80%), Pirmasens (53%), Altenkirchen (51%) und der Donnersbergkreis (50%).

Einen Anteil der Landwirtschaft von über 10% der Bruttowertschöpfung weisen fünf Landkreise auf, wo-

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1983				Steuern und steuerähnliche Einnahmen		Allgemeine Zuweisungen vom Land		Landkreise nach Strukturtypen
produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen						
ins- gesamt	je 1 000 Einwohner	ins- gesamt	je 1 000 Einwohner					
Anzahl				1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM	DM je Einwohner	
16 930	139,2	11 372	93,5	78 520	646,70	54 850	451,80	(P): Altenkirchen (Ww.)
24 139	128,9	19 158	102,3	175 520	943,10	53 070	285,20	Mayen-Koblenz
23 443	150,9	19 205	123,6	131 470	847,10	49 590	319,50	Neuwied
26 996	159,0	15 611	91,9	111 210	654,60	64 100	377,20	Westerwaldkreis
8 898	132,8	5 410	80,7	42 400	631,70	29 280	436,30	Donnersbergkreis
20 062	196,8	9 107	89,4	106 460	1 045,80	15 680	154,00	Germersheim
16 093	164,1	5 693	58,1	58 700	599,70	38 660	394,80	Pirmasens
136 761	151,9	85 556	95,0	704 280	783,00	305 230	339,30	I n s g e s a m t
11 372	102,4	13 215	119,0	79 570	716,60	40 040	360,60	(D): Ahrweiler
19 540	134,4	22 150	152,4	103 280	712,30	58 130	400,90	Bad Kreuznach
11 870	137,0	13 982	161,4	61 090	706,70	33 190	383,90	Birkenfeld
5 698	94,7	7 457	123,9	39 390	658,70	27 110	453,90	Cochem-Zell
11 749	129,5	10 616	117,0	59 000	650,90	42 100	464,50	Rhein-Hunsrück-Kreis
12 543	106,6	13 234	112,5	74 450	633,60	48 940	416,50	Rhein-Lahn-Kreis
6 815	121,3	5 568	99,1	33 950	604,40	29 770	530,00	Daun
10 411	89,0	11 708	100,1	94 160	802,80	32 430	276,50	Bad Dürkheim
9 236	97,0	9 374	98,4	54 400	572,00	44 270	465,60	Kaiserslautern
6 161	83,0	4 510	60,7	42 520	573,50	34 870	470,30	Kusel
7 638	60,1	7 252	57,0	94 970	744,90	31 260	245,20	Ludwigshafen
18 104	112,6	14 872	92,5	136 940	851,40	37 480	233,00	Mainz-Bingen
131 137	105,6	133 938	107,9	873 720	703,80	459 590	370,20	I n s g e s a m t
13 059	122,0	13 180	123,1	72 670	680,50	49 950	467,70	(L): Bernkastel-Wittlich
9 233	104,0	10 528	118,8	51 330	581,10	56 870	643,90	Bitburg-Prüm
11 366	90,9	7 349	58,8	64 110	513,20	69 770	558,60	Trier-Saarburg
5 215	53,8	8 054	83,1	62 470	644,10	33 060	340,80	Alzey-Worms
9 763	102,3	8 991	94,2	66 520	698,40	30 900	324,40	Südliche Weinstraße
48 636	94,8	48 102	93,7	317 100	619,00	240 560	469,60	I n s g e s a m t
316 534	119,2	267 596	100,8	1 895 100	714,30	1 005 370	378,90	Landkreise
528 324	145,4	526 462	144,9	3 121 610	860,50	1 171 180	322,80	Rheinland-Pfalz

bei Alzey-Worms, das von Wein- und Getreideanbau geprägt ist, mit fast 19% den höchsten Wert erreicht. Weiterhin gehören zu dieser Gruppe die vom Weinbau bestimmten Landkreise Südliche Weinstraße (12%), Trier-Saarburg (11%) und Bernkastel-Wittlich (10%) sowie der Landkreis Bitburg-Prüm (12%).

Bruttowertschöpfung als Leistungsmaßstab

Wurde früher allgemein das Bruttoinlandsprodukt herangezogen, um die Wirtschaftskraft einer Region darzustellen, so ist man heute auf Kreisebene auf die Bruttowertschöpfung als Leistungsmaßstab übergegangen. Dies hat seinen Grund in der revidierten Berechnung des Bruttoinlandsprodukts, das sich als Summe aus Bruttowertschöpfung, nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben errechnet. Da für diese Zwischenposten auf Kreisebene keine

hinreichenden Materialgrundlagen zur Verfügung stehen, wird auf die statistisch besser gesicherte Bruttowertschöpfung als Leistungsmaßstab abgestellt.

In der Leistungskraft der einzelnen Landkreise bestehen deutliche Unterschiede. So streuen die Werte für die Bruttowertschöpfung im Jahre 1982 zwischen 3 816 Mill. DM für Germersheim und 824 Mill. DM für Kusel, bei einem Mittelwert von 1 858 Mill. DM für sämtliche Landkreise.

Auch die Bruttowertschöpfung je Einwohner differiert mit 37 610 DM im Landkreis Germersheim und 9 450 DM im Landkreis Ludwigshafen sehr beachtlich. Hier errechnet sich ein Mittelwert von 16 780 DM für alle Landkreise. Den Pro-Kopf-Werten kommt allerdings ein sehr stark eingeschränkter Aussagegehalt zu, da die Bevölkerung eines Kreises nicht

mit den an der Leistungserstellung Beteiligten identisch ist. Die individuelle Leistungskraft der Landkreise ließe sich besonders gut durch den Bezug der Wertschöpfung auf die sie erbringenden Erwerbstätigen oder auf die sogenannte Wirtschaftsbevölkerung bestimmen. Eine Ermittlung dieser beiden Bezugsgrößen ist allerdings wegen der nun schon lange zurückliegenden Großzählungen nicht mehr möglich. Der behelfsmäßige Bezug auf die Einwohner ist nur bedingt aussagefähig, da hier sämtliche Pendlerbewegungen (auch hierüber existieren lediglich 15 Jahre alte Daten) der Erwerbstätigen außer acht gelassen werden. Gerade aber der Landkreis Ludwigshafen mit den geringsten Pro-Kopf-Werten wies bei der letzten Großzählung 1970 einen Pendlersaldo von über 50% auf, das heißt jeder zweite Erwerbstätige dieses Landkreises ging einer Erwerbstätigkeit in einem anderen Stadt- oder Landkreis nach.

Der Anteil der Landkreise an der Bruttowertschöpfung des Landes Rheinland-Pfalz ist von 1980 bis 1982 von 55% auf 54% zurückgegangen, obwohl die Wertschöpfung im gleichen Zeitraum in sämtlichen Landkreisen anstieg, und zwar mit einer Streubreite von 1% (Westerwaldkreis) bis 16% (Alzey-Worms). Dabei wiesen die landwirtschaftlich geprägten Landkreise, in erster Linie bedingt durch die gute Weinernte 1982, eine durchschnittliche Steigerungsrate von 9,4% auf, gegenüber 8,4% der von den Dienstleistungsbereichen und 5,1% der vom produzierenden Gewerbe geprägten Landkreise.

Beschäftigtenstruktur der Landkreise

Aufschluß über die Wirtschaftsstruktur der Landkreise gibt neben der Bruttowertschöpfung die Beschäftigtenstruktur. Hier werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe bzw. im Dienstleistungsbereich und die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen entsprechend der Agrarberichterstattung 1979 gegenübergestellt. Auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich Landwirtschaft wird nicht zurückgegriffen, weil dort Selbständige und mithelfende Familienangehörige nicht erfaßt werden. Gerade dieser Personenkreis bildet aber in dem betreffenden Sektor einen Großteil der tätigen Personen.

Die höchste Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten je 1 000 Einwohner ist naturgemäß in den Landkreisen zu finden, die von der Landwirtschaft geprägt sind. Hier erreichen Bitburg-Prüm (142) und Bernkastel-Wittlich (125) die höchsten Werte. Weit überdurchschnittliche Werte verzeichnen auch die Landkreise Cochem-Zell (119) und Daun (112), deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich liegt. Die niedrigsten Werte sind in den Landkreisen Ludwigshafen (22), Neuwied (24) und Kaiserslautern (27) zu finden. Im Landkreisdurchschnitt errechnet sich ein Wert von 60 landwirtschaftlich Tätigen je 1 000 Einwohner.

Die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe gibt es im Landkreis Germersheim, dort errechnet sich ein Wert

von 197 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Die nächsthöheren Werte sind im Landkreis Pirmasens (164) und im Westerwaldkreis (159) zu registrieren, die geringsten Werte in den Landkreisen Alzey-Worms (54) und Ludwigshafen (60). Der Durchschnitt aller Landkreise liegt bei 119 im produzierenden Gewerbe Beschäftigten je 1 000 Einwohner.

Ein etwas differenzierteres Bild zeigt sich bei den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Während in allen vom produzierenden Gewerbe bestimmten Kreisen die Mehrzahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftsbereich tätig war, ist dies in den vom Dienstleistungsbereich geprägten Landkreisen nicht der Fall. Gleich fünf Landkreise vom Strukturtyp (D) weisen je 1 000 Einwohner weniger Beschäftigte im Dienstleistungssektor als im produzierenden Gewerbe auf. Es sind dies der Rhein-Hunsrück-Kreis mit 117 Beschäftigten im Dienstleistungsbereich zu 130 im produzierenden Gewerbe sowie die Landkreise Daun (99/121), Kusel (61/83), Ludwigshafen (57/60) und Mainz-Bingen (92/113).

Ein Grund hierfür kann darin liegen, daß der Anteil der Selbständigen im Dienstleistungssektor höher liegen dürfte als im produzierenden Gewerbe, die Selbständigen aber in der hier verwendeten Statistik nicht erfaßt werden. Trotzdem liegt der Durchschnittswert der Landkreise der Gruppe (D) mit 108 noch recht deutlich über dem der Gruppe (P) mit 95 und dem der Gruppe (L) mit 94. Auch die Höchstwerte mit 161 Beschäftigten je 1 000 Einwohner im Landkreis Birkenfeld bzw. 152 im Landkreis Bad Kreuznach werden in Kreisen vom Strukturtyp (D) registriert.

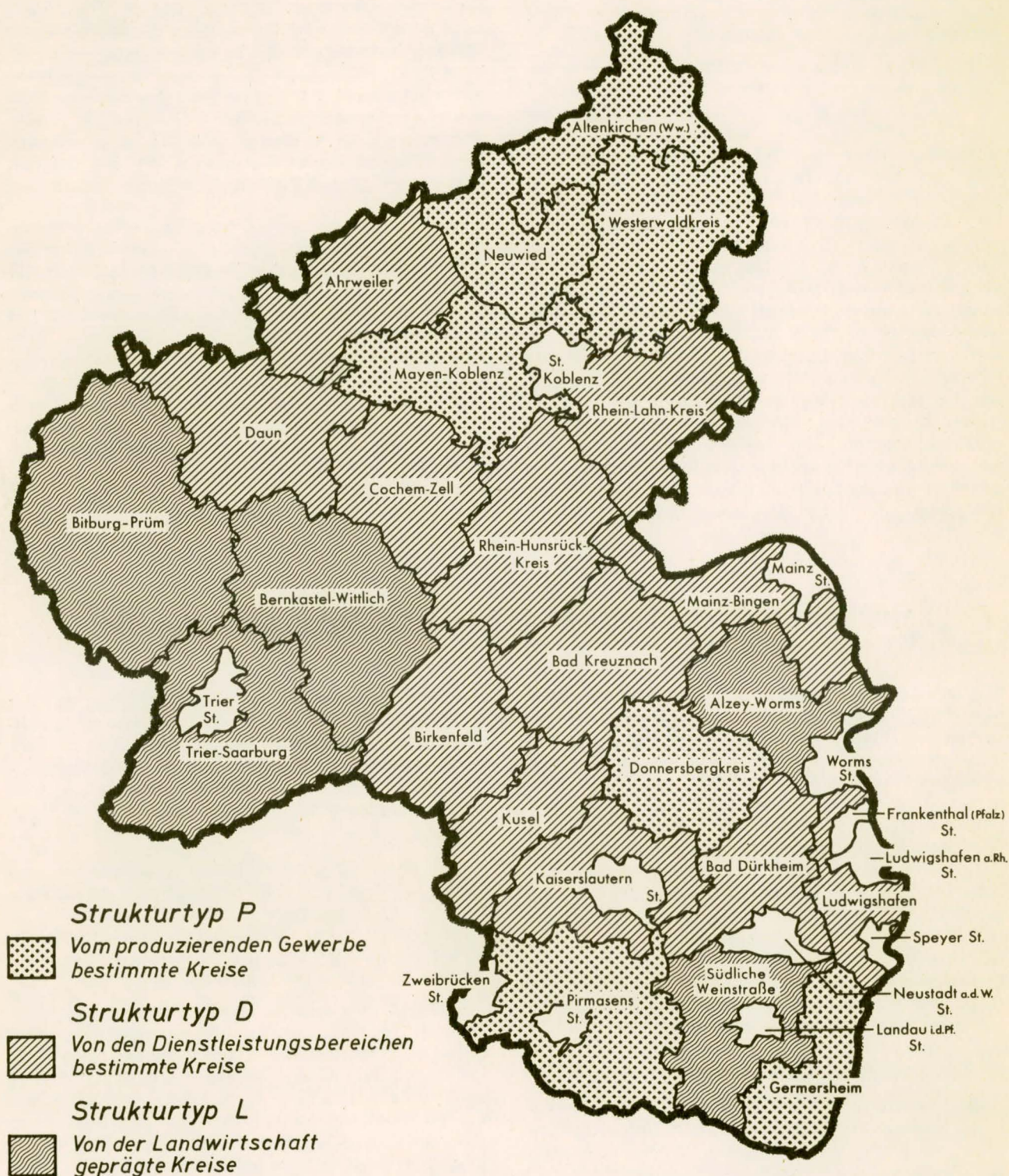
Auffallend sind die jeweils sehr niedrigen Werte je 1 000 Einwohner für den Landkreis Ludwigshafen, der in den Bereichen Landwirtschaft (22) und Dienstleistungen (57) die niedrigsten Quoten aufweist, und im produzierenden Gewerbe (60) an vorletzter Stelle steht. Dies ist aber weniger Ausdruck geringer Wirtschaftskraft, sondern wiederum eine Folge des sehr hohen Pendlersaldos.

Die Einnahmenseite der Landkreise

Bei der Beurteilung der Einnahmekraft eines Landkreises werden die Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden, der Verbandsgemeinden und des Landkreises selbst gemeinsam berücksichtigt (nachstehend Landkreisbereich genannt). Von den Einnahmen des Verwaltungshaushalts des Landkreisbereichs entfallen allein 70% auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden, während die Einnahmen des Landkreises selbst nur mit 30% zu Buche schlagen.

Die so errechneten Einnahmen aller Landkreisbereiche beliefen sich 1984 auf 5,7 Mrd. DM, die sich überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (33%), Zuweisungen des Landes (18%), sowie aus Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (23%) zusammensetzten. Die allgemeinen Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, die 18% der Einnahmen des Landkreisbereichs darstellen,

Die Wirtschaftsstruktur der Landkreise



sollen hier nicht näher betrachtet werden, da es sich bei ihnen um rein landkreisinterne Finanzströme handelt.

Bei der Analyse der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen sowie den allgemeinen Zuweisungen der Länder wird im folgenden auf die Pro-Kopf-Werte abgestellt, da diese, durch den Bezug auf die Wohnbevölkerung gegenüber den absoluten Werten den höheren Aussagegehalt aufweisen.

Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen fließen zu 95% an die Gemeinden und Verbandsgemeinden, während nur 5% an die Landkreise selbst gehen. Die höchsten Einnahmen wurden im Landkreis Germersheim mit 1 046 DM je Einwohner erzielt, gefolgt von den Landkreisen Mayen-Koblenz (943 DM je Einwohner) und Mainz-Bingen (851 DM je Einwohner). Die niedrigsten Einnahmen aus Steuern sind in den Landkreisen Trier-Saarburg (513 DM je Einwohner), Kaiserslautern (572 DM je Einwohner) und Kusel (573 DM je Einwohner) zu verzeichnen. Somit weist der Landkreisbereich Germersheim ein annähernd doppelt so hohes Aufkommen aus Steuern auf wie der Landkreisbereich Trier-Saarburg. Darüber hinaus liegen alle weiteren Landkreise vom Strukturtyp (L), dem auch der Landkreis Trier-Saarburg angehört, bei den Steuereinnahmen deutlich unter dem durchschnittlichen Landkreiswert von 714 DM je Einwohner. In den beiden anderen Hauptgruppen sind dagegen sowohl Landkreise mit über- als auch mit unterdurchschnittlichen Werten vertreten.

Die allgemeinen Zuweisungen des Landes fließen als Finanzhilfen in starkem Umfang in Landkreise mit relativ geringem Steueraufkommen, wobei 45% der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände gehen, 55% an die Landkreise selbst. So profitieren mit den Landkreisen Bitburg-Prüm, der insgesamt 644 DM je Einwohner an Zuweisungen erhielt, und Trier-Saarburg (559 DM je Einwohner) zwei Landkreise vom Strukturtyp (L) am stärksten von den Zuweisungen des Landes, gefolgt vom Landkreis Daun (530 DM je Einwohner), der dem Strukturtyp (D) angehört. Die geringsten Zuweisungen flossen in die Landkreise Germersheim (154 DM je Einwohner) und Mainz-Bingen (233 DM je Einwohner), zwei Landkreise vom Strukturtyp (P), die bei den Steuereinnahmen je Einwohner an der Spitze stehen.

Addiert man die jeweiligen Aufkommen dieser beiden Einnahmequellen, so zeigt sich, daß durch die Zuweisungen Disparitäten in der Einnahmekraft der Landkreise beträchtlich abgebaut werden. So wurden im Landkreis Germersheim insgesamt 1 200 DM je Einwohner an Einnahmen aus diesen beiden Quellen erzielt, gegenüber 1 072 DM je Einwohner im Landkreis Trier-Saarburg. Somit bleiben die Einnahmen im Landkreis Trier-Saarburg nur noch um 11% hinter den Einnahmen im Landkreis Germersheim zurück, gegenüber einem um 51% geringeren Aufkommen bei den Steuereinnahmen.

Diplom-Volkswirt K. Sabrowski

Landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten 1983

Artikel 39 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sieht für die gemeinsame Agrarpolitik eine Berücksichtigung der strukturellen und naturbedingten Unterschiede in den einzelnen landwirtschaftlichen Gebieten der Gemeinschaft vor. Zur Erfüllung dieses Auftrages verabschiedete der Rat der Europäischen Gemeinschaften im April 1975 die Richtlinie über die Landwirtschaft in Berggebieten und in bestimmten benachteiligten Gebieten (75/268/EWG), kurz EG-Bergbauernprogramm genannt. Sie begründet für die genannten Gebiete neben besonderen Förderungen der dort ansässigen Betriebe auch die Gewährung eines finanziellen Ausgleichs für die naturbedingten Nachteile an die Betriebsinhaber, die ihre landwirtschaftliche Tätigkeit auf lange Sicht weiter ausüben wollen.

Ab 1985 Neugestaltung der Ausgleichszulage

Berggebiete entsprechend der EG-Richtlinie gibt es in Rheinland-Pfalz nicht. Bei den hier belegenen sonstigen benachteiligten Gebieten handelt es sich um Regionen, die durch schwach ertragfähige und für den Anbau und die Intensivierung wenig geeignete Böden gekennzeichnet sind. Die Böden lassen sich nicht ohne besonders hohe Kosten verbessern und eignen sich hauptsächlich für die extensive Viehhaltung. Ferner bleiben die wichtigsten Indexzahlen

zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Lage in der Landwirtschaft deutlich hinter dem Gesamtdurchschnitt zurück. Schließlich verfügen sie über eine nur geringe Bevölkerungsdichte, und die landwirtschaftliche Bevölkerung ist tendenziell rückläufig, was wiederum die Lebensfähigkeit und Besiedlung in Frage stellt.

Den benachteiligten Gebieten gleichgestellt sind kleine, durch spezifische Nachteile gekennzeichnete Gebiete, die sogenannten „kleinen Gebiete“. Hier ist die Fortführung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zur Erhaltung der Landschaft und ihrer touristischen Bestimmung erforderlich.

Innerhalb der benachteiligten Gebiete sind nochmals Kerngebiete abgegrenzt, die aufgrund ihrer Höhenlage (mindestens 400 m über NN) und ihres überdurchschnittlichen Grünlandanteils besonders ungünstige natürliche Produktionsbedingungen aufweisen. Nur für diese ist bisher die Ausgleichszulage gewährt worden. Ab 1985 erfolgt jedoch die Zahlung derselben auch in den übrigen benachteiligten Regionen, allerdings in einer im Vergleich zu den Kerngebieten geringeren Höhe.

Der Ausgleichszulage fällt nunmehr auch die Aufgabe zu, auf den ungünstigen Standorten die negativen Auswirkungen der Garantiemengenregelung bei

Landwirtschaft in benachteiligten und nicht benachteiligten Gebieten

Merkmal	Einheit	Insgesamt	Benachteiligte Gebiete	Kerngebiet	Nicht benachteiligte Gebiete
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Anzahl %	67 525 100,0	22 297 33,0	6 043 8,9	45 228 67,0
Haupterwerbsbetriebe	1) %	46,3 100,0	34,0 24,3	35,8 6,9	52,4 75,7
Nebenerwerbsbetriebe	1) %	53,7 100,0	66,0 40,7	64,2 10,7	47,6 59,3
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	ha %	729 986 100,0	297 674 40,8	80 765 11,1	432 313 59,2
Standardbetriebseinkommen je Betrieb	DM	21 665	12 847	12 566	26 013
Betriebe mit Dauergrünland	Anzahl 1) %	35 829 53,1 100,0	19 362 86,8 54,0	5 792 95,8 16,2	16 467 36,4 46,0
Dauergrünland	ha 2) %	227 987 31,2 100,0	149 241 50,1 65,5	58 109 71,9 25,5	78 746 18,2 34,5
Betriebe mit Rindern	Anzahl 1) %	25 014 37,0 100,0	14 969 67,1 59,8	4 557 75,4 18,2	10 045 22,2 40,2
Rinder	Anzahl %	629 356 100,0	373 994 59,4	120 895 19,2	255 362 40,6
Betriebe mit Milchkühen	Anzahl 1) %	19 818 29,3 100,0	12 152 54,5 61,3	3 876 64,1 19,6	7 666 16,9 38,7
Milchkühe	Anzahl %	226 829 100,0	142 032 62,6	50 293 22,2	84 797 37,4
Marktfruchtbetriebe	Anzahl 1) %	13 512 21,0 100,0	5 406 25,6 40,0	736 13,4 5,4	8 106 18,7 60,0
Futterbaubetriebe	Anzahl 1) %	19 182 29,7 100,0	13 006 61,6 67,8	4 418 80,5 23,0	6 176 14,2 32,2
Dauerkulturbetriebe	Anzahl 1) %	27 631 42,8 100,0	955 4,5 3,5	9 0,2 0,0	26 676 61,5 96,5

1) Anteil an landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt. - 2) Anteil an landwirtschaftlich genutzter Fläche.

der Milch auf die Einkommen der Betriebe abzumildern. Sie erhält damit auch eine sozialpolitische Komponente. Zu diesem Zweck wurden die hierfür benötigten Haushaltsmittel allein in Rheinland-Pfalz für 1985 von 6 auf 23 Mill. DM aufgestockt. Durch eine degressive Gestaltung der Ausgleichszulage für die größeren Milcherzeuger (über 100 000 kg Milchreferenzmenge pro Jahr) werden in Rheinland-Pfalz dabei vorrangig die kleinen und mittleren Betriebe und hier im besonderen die einkommensschwachen Haupterwerbsbetriebe mit Fördermitteln bedacht.

Knapp die Hälfte der Gesamtfläche des Landes gilt als benachteiligt

Die derzeit gültige Abgrenzung der benachteiligten Gebiete in Rheinland-Pfalz ergibt sich aus den Anlagen zur Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen in

landwirtschaftlichen Betrieben vom 25. April 1984 (MinBl. Nr. 10 vom 25. Mai 1984, S. 258). Danach ist knapp die Hälfte der Gesamtfläche des Landes als benachteiligt eingestuft. Es handelt sich im einzelnen im Bereich der Eifel um den gesamten Landkreis Daun, überwiegende Teile der Landkreise Bitburg-Prüm und Ahrweiler sowie den westlichen Teil des Kreises Mayen-Koblenz. Ferner gehören dazu die in Eifel und Hunsrück gelegenen Höhengebiete der Landkreise Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg sowie im Hunsrück der Landkreis Birkenfeld und bis auf seine Rheintalgemeinden der gesamte Rhein-Hunsrück-Kreis. Im Westerwald gelten im wesentlichen die östlichen und nordöstlichen Teile des Landkreises Altenkirchen und des Westerwaldkreises als benachteiligt. Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz haben die benachteiligten Regionen eine vergleichsweise geringe Ausdehnung. Nur Teile der Landkreise Kusel, Kaiserslautern und des Donnersbergkreises im Gebiet des Nordpfälzer Berg-

landes sowie des Landkreises Pirmasens mit dem westlichen Pfälzer Wald und dem Westrich sind als solche anerkannt.

Im Rahmen der Agrarberichterstattung 1983 sind ähnlich wie 1979 einige ausgewählte Merkmale auch für die benachteiligten Gebiete aufbereitet worden. Da deren Abgrenzung nicht immer die Gemeindegrenzen berücksichtigt und verschiedentlich nur einzelne Ortsteile oder Wohnplätze als benachteiligt eingestuft sind, erfolgte die für die Ergebniserstellung notwendige Kennzeichnung für die Benachteiligung 1983 erstmals betriebsweise. Dies ist bei einem Vergleich mit den Daten von 1979 zu beachten. Damals ging man noch von einer gemeindeweisen Kennzeichnung mit einer eigenen Gebietskategorie für die nur teilweise benachteiligten Gemeinden aus.

Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in benachteiligten Gebieten

Nach dem Stand von 1983 hatten 22 300 oder ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe von Rheinland-Pfalz ihren Sitz in den benachteiligten Gebieten. Ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche erreichte knapp 300 000 ha (41%). In den Kerngebieten waren gut 6 000 Betriebe mit 80 800 ha genutzter Fläche angesiedelt. Vergleicht man die Größenstruktur der Betriebe in den beiden Gebietskategorien „benachteiligt“ und „nicht benachteiligt“ miteinander und läßt dabei die Größenklassen unter 5 ha, in der hauptsächlich die Sonderkulturen Wein, Obst und Gemüse anzutreffen sind, außer Betracht, so zeichneten sich die benachteiligten Regionen durch deutlich mehr kleinere Betriebe zwischen 5 und 10 ha aus. Auffallend seltener vertreten waren dagegen die Betriebe zwischen 10 und 20 sowie 20 und 30 ha genutzter Fläche. Die Anteile für die noch größeren Höfe mit 30 bis 50 sowie über 50 ha lagen im Gegensatz dazu jedoch wieder geringfügig höher. Daraus dürfen wegen der unterschiedlichen Nutzungsintensität auf der Fläche allerdings keine Schlüsse auf die wirtschaftliche Größe der Betriebe gezogen werden.

Hierfür bildet das Standardbetriebseinkommen einen geeigneteren Maßstab. Es wird unter modellmäßigen Annahmen anhand der betrieblichen Daten über Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung sowie durchschnittlicher Angaben über Erlöse und Kosten ermittelt. Legt man dies für die Beurteilung der Einkommenskapazität der Betriebe in den benachteiligten Gebieten zugrunde, so kommen die ungünstigen Verhältnisse wesentlich deutlicher zum Ausdruck. Bei einem durchschnittlichen Standardbetriebseinkommen von 26 000 DM je Betrieb in den nicht als benachteiligt geltenden Landesteilen bezieht sich der entsprechende Wert für die benachteiligten Regionen auf nur 12 800 DM. Mit 12 600 DM blieb er in den Kerngebieten noch etwas darunter.

Eine Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens zeigt, daß in den benachteiligten Gebieten fast drei Viertel aller Höfe über weniger als 15 000 DM verfügten. Zwischen 15 000 und 30 000 DM ergaben

sich für 13% der Betriebe. In rund 9% erreichte das Standardbetriebseinkommen einen Wert von 30 000 bis 50 000 DM und in lediglich 5% einen solchen von über 50 000 DM. Wesentlich vorteilhafter stellt sich die Situation für die nicht benachteiligten Landesteile dar. Hier errechnen sich Einkommen von weniger als 15 000 DM nur für etwas mehr als die Hälfte aller Betriebe. Auf die Größenklassen 15 000 bis 30 000 DM, 30 000 bis 50 000 DM und über 50 000 DM entfielen 17, 14 bzw. 16% der Betriebe.

Damit erklärt sich auch die in den benachteiligten Regionen festzustellende große Verbreitung von Nebenerwerbsbetrieben. Zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe zählten 1983 zu diesem sozialökonomischen Betriebstyp. Das betriebliche Einkommen lag in diesen Fällen niedriger als das außerbetriebliche Einkommen von Betriebsinhaber und Ehegatte. In den übrigen Landesteilen herrschten dagegen die Haupterwerbsbetriebe (52%) vor. Ihre Inhaber bzw. deren Ehegatten verfügten entweder über keine außerbetrieblichen Einkünfte oder, falls solche vorhanden, blieben sie niedriger als die aus dem landwirtschaftlichen Betrieb erzielten. Nur 24% aller Haupterwerbsbetriebe des Landes, aber 41% aller Nebenerwerbsbetriebe lagen in den benachteiligten Gebieten.

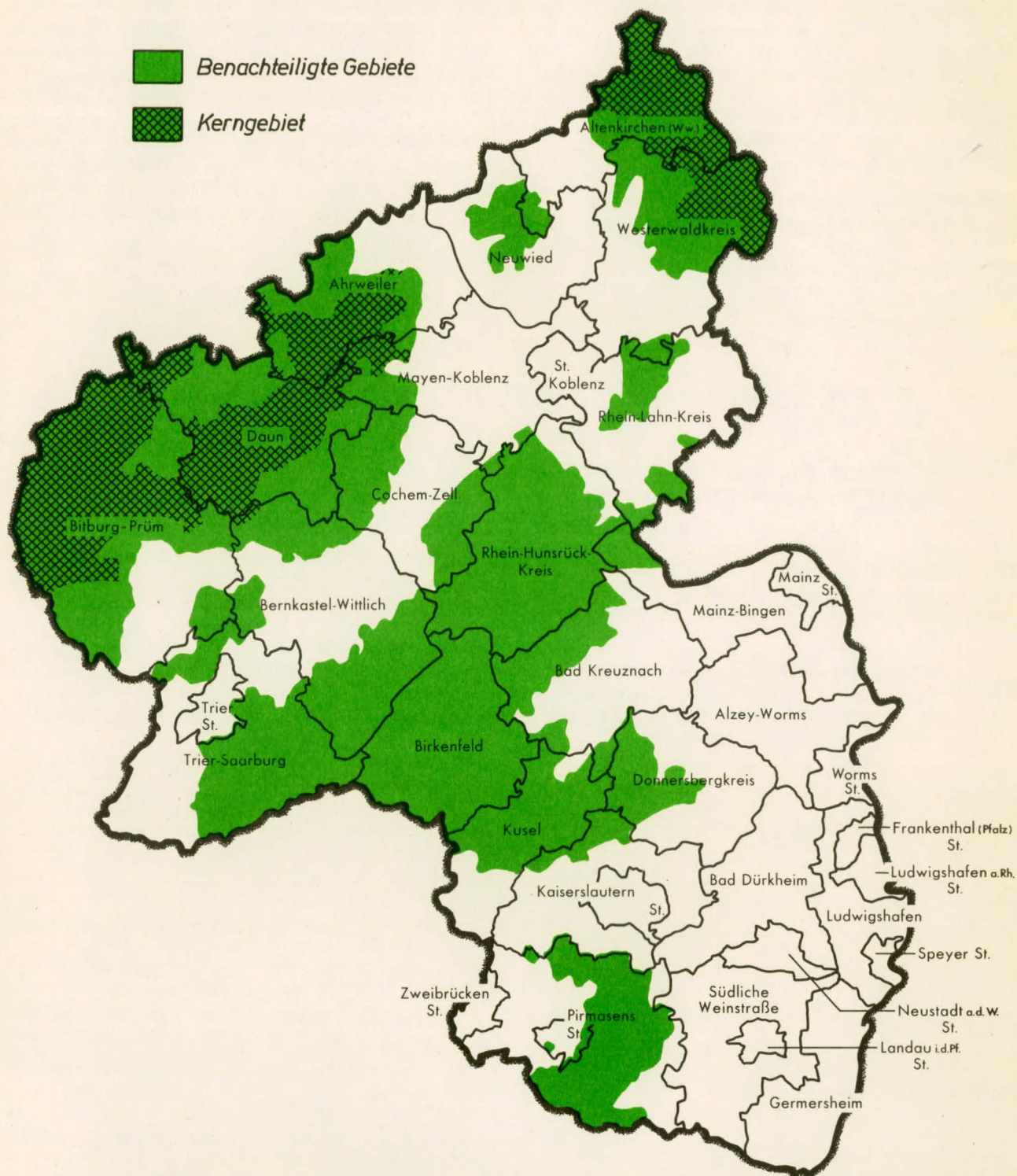
Hoher Dauergrünlandanteil

Die Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen wird hier entscheidend durch das Dauergrünland bestimmt. Hohe Niederschlagsmengen in Verbindung mit teilweise sehr flachgründigen und wenig ertragreichen Böden bieten in weiten Teilen gar keine Alternative für die pflanzliche Produktion. Das Grünland muß daher vielfach als sogenanntes absolutes Grünland angesehen werden. Im Jahre 1983 war rund die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche dem Grünland vorbehalten. In den Kerngebieten belief sich der entsprechende Anteil sogar auf 72%. In den nicht benachteiligten Gebieten dagegen nahmen Wiesen und Weiden nur 18% der Fläche in Anspruch. Zwei Drittel des gesamten Grünlandes von Rheinland-Pfalz entfielen auf die benachteiligten Landesteile. Bei den hier ansässigen knapp 19 400 Betrieben mit Grünland, das sind 87% aller Betriebe, bestand in 10 600 (55%) die landwirtschaftlich genutzte Fläche zu mehr als der Hälfte aus Grünland. In den Kerngebieten war sogar in 84% aller Grünlandbetriebe mindestens jeder zweite Hektar Nutzfläche eine Wiese oder Weide. Das verbleibende Ackerland wurde zu rund 80% und damit etwas häufiger als in den nicht benachteiligten Gebieten mit Getreide bestellt, besonders mit Sommergerste und Hafer.

Jeder zweite Betrieb mit Milchkühen

Die verbreiteten Dauergrünlandvorkommen bringen zwangsläufig eine umfangreiche Rindviehhaltung mit sich. So waren 1983 gut 67% der Betriebe, in den Kerngebieten sogar 75%, mit diesem Zweig der Tierhaltung befaßt. In den nicht benachteiligten Gebieten hielt nur knapp ein Viertel aller dortigen Betriebe auch Rinder. Unter den rund 14 970 Betrieben mit dieser Tierart befanden sich 12 150 mit Milch-

Benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete in Rheinland-Pfalz 1983



kühen. Bezogen auf die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe verfügte damit jeder zweite Betrieb über Milchkühe, in den übrigen Gebieten des Landes dagegen nur jeder sechste. Allein 142 000 oder knapp zwei Drittel aller rheinland-pfälzischen Kühe standen in den Ställen von Landwirten der benachteiligten Gebiete. Die durchschnittliche Bestandsgröße erreichte hier mit 12 Tieren, in den Kerngebieten mit 13 Tieren, einen vergleichsweise etwas höheren Wert. Diese Zahlen spiegeln die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirtschaft in den benachteiligten Regionen, die sich seit der Einführung der Garantiemengenregelung für Milch im Frühjahr 1984 noch verschärft haben, deutlich wieder. Sie liefern auch die Begründung für die Aufstockung der Ausgleichszulage und deren ergänzte soziale Zielrichtung.

Im Hinblick auf ihre Produktionsrichtung war 1983 die überwiegende Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den benachteiligten Gebieten als Futterbaubetriebe anzusehen. Rund 62% der Höfe, in den Kerngebieten sogar 81%, gehörten zu dieser Gruppe.

In den anderen Landesteilen waren nur etwa 14% der Betriebe schwerpunktmäßig mit Futterbau und flächenabhängiger Viehhaltung befaßt. Von den 19 200 Futterbaubetrieben des Landes hatten 13 000 oder knapp 70% ihren Sitz in den von der Natur weniger begünstigten Regionen. Nennenswerte Verbreitung hatten sonst hier nur noch die Marktfruttbetriebe, die zusammen mit den Futterbaubetrieben, gemessen an der Höhe des durchschnittlichen Standardbetriebseinkommens, von allen Betriebsformen 1983 am schlechtesten abschnitten. Jeder vierte Betrieb war hauptsächlich auf die Produktion von Marktfrüchten ausgerichtet, wobei dem Getreide eine besondere Rolle zufiel. Dauerkulturbetriebe, meist mit Obst- und Weinbau, konzentrierten sich dagegen fast ausschließlich auf die Landschaften mit besseren natürlichen Ertragsbedingungen. Rund 62% aller landwirtschaftlichen Betriebe zählten hier zur Produktionsrichtung Dauerkulturen gegenüber nur 4,5% in den benachteiligten Gebieten.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Fremdenverkehr in den Heilbädern 1980 bis 1984

Steigende Gästezahlen bei rückläufigen Übernachtungszahlen in den Jahren 1982 und 1983

Der Fremdenverkehr in den rheinland-pfälzischen Heilbädern ließ bis zum Beginn dieses Jahrzehnts eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung erkennen. Ein vorläufiger Höhepunkt war für das Jahr 1980 mit rund 800 000 Gästen und 4,9 Mill. Übernachtungen festzustellen.

Von 1980 auf 1981 ging in den Heilbädern die Zahl der Übernachtungen um 1,5% zurück. Dies entsprach weitgehend der durchschnittlichen Entwicklung aller

Fremdenverkehrsgemeinden. Die Gästezahl der Badeorte nahm im Jahre 1981 um 8,3% ab, im Mittel aller Gemeinden sank sie um 0,7%.

Die im Jahre 1981 noch unbeeinträchtigte Entwicklung im engeren Kurbereich konnte zwar die Einbußen in den folgenden Jahren nicht verhindern, führte jedoch infolge der wesentlich längeren Verweildauer der Kurgäste im Verhältnis zum allgemeinen Urlaubstourismus nur zu einem relativ leichten Rückgang der Zahl der Übernachtungen. Die im Jahre 1981 festgestellte Steigerung der Gästezahl in den

Gäste und Übernachtungen in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten in ausgewählten Heilbädern 1980 - 1984

Fremdenverkehrsgebiet Heilbäder	Gäste					Übernachtungen				
	1980	1981	1982	1983	1984	1980	1981	1982	1983	1984
Rheintal	6 823	6 914	5 519	4 381	5 759	202 444	203 499	160 486	129 851	158 509
Eifel/Ahr	20 378	20 272	16 626	15 003	20 769	534 597	519 645	412 465	344 636	465 773
Bad Neuenahr-Ahrweiler	15 157	14 879	12 743	12 476	18 172	404 048	383 485	310 211	280 995	368 699
Mosel/Saar	7 700	8 439	6 358	3 583	4 982	232 444	235 971	197 870	104 796	128 520
Bad Bertrich	7 700	8 439	6 358	3 583	4 982	232 444	235 971	197 870	104 796	128 520
Hunsrück/Nahe/Glan	20 479	21 297	19 446	16 195	23 222	614 640	620 663	572 603	454 195	504 505
Bad Kreuznach	11 968	12 290	11 457	8 536	11 403	375 535	379 048	343 697	261 232	273 009
Bad Münster a.St.-Ebernbg.	6 148	6 788	5 680	4 569	6 079	179 579	189 446	176 282	134 274	160 948
Sobernheim	2 363	2 219	2 309	3 090	5 740	59 526	52 169	52 627	58 689	70 548
Westerwald/Lahn/Taunus	8 668	9 200	6 746	6 080	8 666	228 624	236 616	177 028	160 094	204 961
Bad Ems	7 160	7 731	5 358	4 490	7 213	200 561	209 787	156 382	135 846	183 622
Pfalz	1 925	2 585	3 354	3 520	3 769	114 160	123 589	241 056	266 409	282 679
Heilbäder zusammen	65 973	68 707	58 049	48 762	67 167	1 926 909	1 939 983	1 761 508	1 459 981	1 744 947
Übrige Gemeinden	17 905	18 244	16 757	15 485	21 451	490 243	531 139	483 388	403 053	464 805
Rheinland-Pfalz	83 878	86 951	74 806	64 247	88 618	2 417 152	2 471 122	2 244 896	1 863 034	2 209 752

Kuranstalten um 4,1% wie auch die Zunahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Besucher der Heilbäder von 6,1 auf 6,5 Tage lassen in jenem Jahr auf eine wachsende Bedeutung des Kurbereichs innerhalb des Fremdenverkehrs der rheinland-pfälzischen Badeorte schließen.

In den Jahren 1982 und 1983 wurde die Situation der Heilbäder maßgeblich durch die zum 1. Januar 1982 gesetzlich verordneten Sparmaßnahmen (Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz und 2. Haushaltsstrukturgesetz) bestimmt. Dadurch verlängerten sich generell die Kurintervalle von zwei auf drei Jahre. Zudem unterlagen die Ausgaben für von der Krankenversicherung getragene Kuren in den Jahren 1982 und 1983 einer strengen Begrenzung. Neben den gesetzlichen Restriktionen dürfte nicht zuletzt die allgemeine gesamtwirtschaftliche Lage, die nicht selten Versicherte veranlaßt, aus Sorge um ihren Arbeitsplatz von einem Kurantrag abzusehen, für den deutlichen Rückgang der Kuranträge ursächlich gewesen sein.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre waren Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten zu rund 40% am Übernachtungsverkehr in den rheinland-pfälzischen Heilbädern beteiligt. Während die Orte Bad Breisig, Bad Hönningen, Lahnstein und Rengsdorf nicht über Kurbetriebe verfügen, entfiel in Bad Bertrich, Bad Dürkheim, Bad Ems, Bad Kreuznach, Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sobernheim jeweils der überwiegende Teil der Übernachtungen auf Gäste in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. Die von Ort zu Ort unterschiedliche Gewichtung zwischen Sozial- und Privatbereich sind für die Entwicklung des Fremdenverkehrsgeschehens in den einzelnen Heilbädern mitbestimmend. Nach Feststellungen des deutschen Bäderverbandes nahm zwischen 1981 und 1983 bundesweit die Zahl der stationären Privatkurgäste um 7,4% zu, die Zahl der stationären Sozialkurgäste ging indessen um 29% zurück.

In den Jahren 1982 und 1983 sank in den rheinland-pfälzischen Heilbädern die Zahl der Fremdenübernachtungen um 5,7 bzw. 7,5%, während sich die Fremdenverkehrsentwicklung in allen übrigen Gemeinden des Landes stabilisierte.

Während in den Heilbädern die Zahl der Übernachtungen zwischen 1981 und 1983 um 13% zurückging, stieg gleichzeitig die Zahl der Gäste um 2,6%. Diese Entwicklung ging mit einer Abnahme der Kapazitätsauslastung von 42 auf 36% einher.

In den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten der Heilbäder nahm zwischen 1981 und 1983 die Zahl der Gäste um 20 000, die der Übernachtungen um 480 000 ab. Wie die Bädergemeinschaft Rheinland-Pfalz ermittelte, waren bis zum Ende des Jahres 1983 mindestens 400 Betten in den Vertragshäusern der Rentenversicherung gekündigt worden.

Trotz der ausgeprägten strukturbedingten Belastungen ist es den rheinland-pfälzischen Heilbädern in den Jahren 1982 und 1983 gelungen, die Gästezahl um fast 20 000 zu erhöhen. Dies deutet, zusammen mit der von 1981 bis 1983 festgestellten Verringerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Besucher von 6,5 auf 5,6 Tage, darauf hin, daß gerade in

Fremdenverkehr in den Heilbädern 1980 und 1984

Heilbäder	1980	1984	Ver- ände- rung
	Anzahl		%
Gäste			
Bad Bergzabern	35 858	40 063	11,7
Bad Bertrich	26 022	18 576	- 28,6
Bad Breisig	28 492	20 184	- 29,2
Bad Dürkheim	62 675	73 494	17,3
Bad Ems	43 138	32 903	- 23,7
Bad Hönningen	27 638	27 953	1,1
Bad Kreuznach	72 657	75 259	3,6
Bad Marienberg	18 206	17 586	- 3,4
Bad Münster am Stein- Ebernburg	40 283	41 720	3,6
Bad Neuenahr-Ahrweiler	114 745	109 866	- 4,3
Boppard	101 227	103 621	2,4
Daun	51 407	59 332	15,4
Diez	11 029	6 019	- 45,4
Kyllburg	4 225	3 817	- 9,7
Lahnstein	72 901	59 054	- 19,0
Manderscheid	21 986	24 537	11,6
Rengsdorf	21 384	16 548	- 22,6
Sinzig	4 861	4 197	- 13,7
Sobernheim	6 720	10 146	51,0
Vallendar	33 333	25 129	- 24,6
Heilbäder insgesamt	798 787	770 004	- 3,6
Alle Gemeinden	5 036 613	5 254 061	4,3
Übernachtungen			
Bad Bergzabern	297 981	280 597	- 5,8
Bad Bertrich	378 452	231 766	- 38,8
Bad Breisig	149 427	104 616	- 30,0
Bad Dürkheim	231 898	405 337	74,8
Bad Ems	352 073	269 633	- 23,4
Bad Hönningen	113 814	112 107	- 1,5
Bad Kreuznach	600 423	510 897	- 14,9
Bad Marienberg	96 646	89 670	- 7,2
Bad Münster am Stein- Ebernburg	452 761	459 740	1,5
Bad Neuenahr-Ahrweiler	770 480	691 943	- 10,2
Boppard	384 468	327 930	- 14,7
Daun	294 172	292 820	- 0,5
Diez	36 199	21 275	- 41,2
Kyllburg	34 539	31 934	- 7,5
Lahnstein	123 232	154 283	25,2
Manderscheid	193 701	177 048	- 8,6
Rengsdorf	107 144	68 571	- 36,0
Sinzig	44 839	31 313	- 30,2
Sobernheim	74 741	80 878	8,2
Vallendar	133 762	120 953	- 9,6
Heilbäder insgesamt	4 870 752	4 463 311	- 8,4
Alle Gemeinden	18 797 662	18 385 133	- 1,2

diesen Jahren der allgemeine Urlaubstourismus in den Heilbädern zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.

Deutlicher Anstieg der Gästezahl der Kuranstalten im Jahre 1984

Von den derzeit insgesamt 67 rheinland-pfälzischen Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten befinden sich 53 in den Heilbädern. Im Jahre 1984 stieg bei den letztgenannten die Zahl der Gäste um 38%, die der Übernachtungen um 20%. Damit wurde die bisher höchste Gästezahl des Jahres 1981 nahezu wieder erreicht. Die durchschnittliche Verweildauer der Gäste in den Kurbetrieben verringerte sich jedoch von etwa 30 Tagen in den Jahren 1981 und 1982

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
und Kapazitätsauslastung
in den Heilbädern 1980 und 1984

Heilbäder	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer		Kapazitätsauslastung	
	1980	1984	1980	1984
	Tage		%	
Bad Bergzabern	8,3	7,0	40,9	31,4
Bad Bertrich	14,5	12,5	44,1	32,1
Bad Breisig	5,2	5,2	29,7	25,4
Bad Dürkheim	3,7	5,5	43,3	53,8
Bad Ems	8,2	8,2	53,1	38,4
Bad Hönningen	4,1	4,0	31,9	28,9
Bad Kreuznach	8,3	6,8	65,4	48,9
Bad Marienberg	5,3	5,1	41,8	34,7
Bad Münster am Stein-Ebernburg	11,2	11,0	51,3	53,6
Bad Neuenahr-Ahrweiler	6,7	6,3	50,6	43,1
Boppard	3,8	3,2	36,9	33,3
Daun	5,7	4,9	37,4	38,8
Diez	3,3	3,5	29,7	17,0
Kyllburg	8,2	8,4	39,6	32,3
Lahnstein	1,7	2,6	43,2	31,4
Manderscheid	8,8	7,2	51,8	41,2
Rengsdorf	5,0	4,1	29,7	21,0
Sinzig	9,2	7,5	30,9	24,0
Sobernheim	11,1	8,0	54,0	33,8
Vallendar	4,0	4,8	40,4	43,9
Heilbäder insgesamt	6,1	5,8	44,8	38,6
Alle Gemeinden	3,7	3,5	32,6	28,4

auf 26 Tage im Jahre 1984. Infolgedessen blieb die Übernachtungszahl um mehr als 200 000 hinter dem bisherigen Spitzenergebnis vom Jahre 1981 zurück. Die deutliche Verringerung der mittleren Aufenthaltsdauer der Gäste in den Kuranstalten beeinträchtigte aber nicht die entsprechende Gesamtrelation für die Heilbäder. Dort nahm zwischen 1983 und 1984 die durchschnittliche Verweildauer der Besucher von 5,6 auf 5,8 Tage zu.

Der ausgeprägte Aufwärtstrend bei den Kuranstalten bestimmte maßgeblich die Gesamtentwicklung des Heilbädertourismus. Im Jahre 1984 stieg dort die Zahl der Gäste um 2,5% auf 770 000, die der Übernachtungen um 6,6% auf knapp 4,5 Millionen. Für alle Fremdenverkehrsgemeinden des Landes errechneten sich Zuwachsraten von jeweils + 2%.

Die im Jahre 1984 festgestellte Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs in den Heilbädern, die sich Anfang 1985 fortsetzte, schlägt sich in einer Verbesserung der Auslastung der Beherbergungskapazität von 36 auf 39% nieder. Dies dürfte neben dem Auslaufen des Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetzes zum Jahresende 1983 auch auf die verstärkte Werbung der Bädergemeinschaft Rheinland-Pfalz zurückzuführen sein.

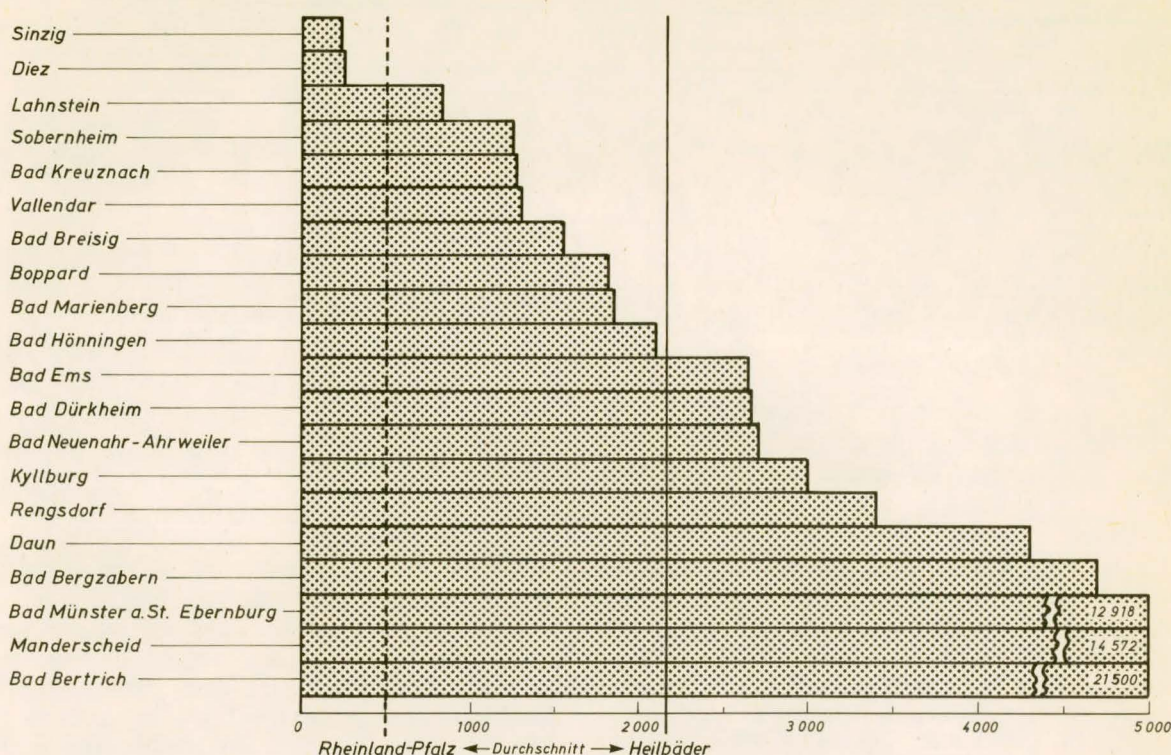
Bad Neuenahr-Ahrweiler weiter an der Spitze

Im Untersuchungszeitraum verlief die Entwicklung in den einzelnen Heilbädern recht unterschiedlich. Zwischen 1980 und 1984 steigerten vier rheinland-pfälzische Heilbäder ihre Übernachtungszahlen, darunter Bad Dürkheim um 75%, Lahnstein um 25%. Sobernheim verzeichnete eine Zunahme um 8%, Bad Münster am Stein-Ebernburg um 1,5%. Mit der sehr starken Steigerung seiner Übernachtungszahl verbesserte sich Bad Dürkheim vom neunten Rang im Jahre 1980 auf den vierten im Jahre 1984. Bad Dürkheim war das einzige Heilbad, das eine deutliche Zunahme der mittleren Aufenthaltsdauer seiner Besucher verbuchte, und zwar von 3,7 Tagen im Jahre 1980 auf 5,5 Tage im Jahre 1984. Dies spricht – in Anbetracht der meist mehrwöchigen Dauer von Heilkuren – für eine deutliche Zunahme des Anteils der Kuren am gesamten Fremdenverkehr. Bad Dürkheim wurde von den Kostendämpfungsmaßnahmen und der allgemeinen Rezessionstendenz vergleichsweise wenig betroffen, da dieses Heilbad in der Regel in nur relativ geringem Umfang von Sozialkur-

Fremdenverkehr in den Heilbädern nach Monaten 1984

Monat	Heilbäder						Rheinland-Pfalz					
	Gäste		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Kapazitätsauslastung	Gäste		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer	Kapazitätsauslastung
	insgesamt	Veränderung z. Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung z. Vorjahresmonat			insgesamt	Veränderung z. Vorjahresmonat	insgesamt	Veränderung z. Vorjahresmonat		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage	%
Januar	27 958	- 7,6	174 545	5,2	6,1	17,8	175 385	1,2	607 311	4,9	3,5	11,0
Februar	31 543	7,7	200 656	8,7	6,4	22,6	192 973	2,0	626 356	- 3,3	3,2	12,6
März	41 917	9,3	257 126	10,2	6,1	26,2	263 557	1,7	845 744	- 3,8	3,2	15,4
April	57 467	- 7,4	344 815	4,6	6,0	36,3	404 246	5,4	1 389 029	7,2	3,4	26,1
Mai	81 630	- 3,7	445 853	- 1,2	5,5	45,4	542 198	- 2,3	1 813 428	- 0,5	3,3	32,9
Juni	90 755	10,2	495 697	8,0	5,5	52,2	624 783	13,7	2 173 963	11,2	3,5	40,8
Juli	79 964	7,2	514 923	7,3	6,4	52,5	599 497	6,3	2 442 323	3,4	4,1	44,4
August	81 277	4,7	521 204	5,2	6,4	53,1	596 449	3,1	2 346 408	- 2,0	3,9	42,6
September	101 499	- 5,2	543 040	0,3	5,4	57,2	693 176	- 5,5	2 359 174	- 3,6	3,4	44,3
Oktober	93 733	- 2,8	467 236	3,2	5,0	47,6	648 630	- 5,4	2 077 459	- 2,7	3,2	37,7
November	47 884	9,0	275 494	21,5	5,8	29,0	301 257	7,2	921 630	13,8	3,1	17,3
Dezember	34 377	40,9	222 722	35,7	6,5	22,7	212 072	7,3	782 219	12,9	3,7	14,2
Jahr 1984	770 004	2,5	4 463 611	6,7	5,8	38,6	5 254 061	2,0	18 385 133	2,0	3,5	28,4
MD	64 167	2,5	371 968	6,7	5,8	38,6	437 838	2,0	1 532 094	2,0	3,5	28,4

Übernachtungen in den Heilbädern je 100 Einwohner 1984



53/85

L

gästen frequentiert wird. Außerdem führten die vergleichsweise hohen Infrastruktur-Investitionen der letzten Jahre zu einer deutlichen Belebung des örtlichen Tourismus.

Die höchsten Übernachtungszahlen wiesen unter den rheinland-pfälzischen Heilbädern im Jahre 1984 Bad Neuenahr-Ahrweiler (690 000), Bad Kreuznach (510 000) und Bad Münster am Stein-Ebernburg (460 000) aus, wobei diese Rangfolge seit Jahren unverändert blieb.

Von 1980 auf 1984 registrierten neun Heilbäder steigende Gästezahlen, die stärksten Zuwächse meldeten Sobernheim (+ 51%), Bad Dürkheim (+ 17%), Bad Bergzabern (+ 12%) und Manderscheid (+ 12%). Die im Vergleich zu den Übernachtungen überwiegend relativ günstigere Entwicklung der Gästezahlen spiegelt für die Gesamtheit der Heilbäder eine spürbare Ausweitung des allgemeinen Urlaubstourismus wieder.

Ein überdurchschnittlicher Rückgang der Übernachtungszahl wurde zwischen 1980 und 1984 in Diez (- 41%), Bad Bertrich (- 39%), Rengsdorf (- 36%), Sinzig (- 30%) und Bad Breisig (- 30%) festgestellt, wobei allerdings Bad Bertrich als einziges unter diesen Heilbädern an der positiven Gesamtentwicklung des Jahres 1984 partizipierte (Übernachtungen + 14%). Im Mai 1984 ergab sich für Bad Bertrich eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation durch die Fertigstellung der Ortsumgehungsstraße. Mit dem Abschluß weiterer infrastruktureller Baumaßnahmen, insbesondere der Inbetriebnahme des Thermalbades im März 1985,

bieten sich auch in den kommenden Jahren für das Heilbad günstige Entwicklungschancen.

Mehr als 2 160 Fremdenübernachtungen je 100 Einwohner

Im Jahre 1984 machte die auf je 100 Einwohner bezogene Übernachtungszahl der Heilbäder (2 162) rund das Vierfache des entsprechenden Durchschnitts aller rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden aus (507). Nur in Sinzig (217) und Diez (236) wurde diese Relation nicht erreicht. Für Bad Münster am Stein-Ebernburg und Manderscheid errechnen sich jeweils über 10 000, für Bad Bertrich sogar mehr als 20 000 Fremdenübernachtungen je 100 Einwohner. Dies unterstreicht die dort überragende Rolle des Fremdenverkehrs.

Saisonale Schwankungen in den Heilbädern relativ gering

Im Monatsdurchschnitt 1984 errechnen sich für die rheinland-pfälzischen Heilbäder rund 64 000 Gäste und 372 000 Übernachtungen. Mit 175 000 war im Januar die Zahl der Übernachtungen am niedrigsten, mit 543 000 im September am höchsten. Damit lag das Septemberergebnis um fast 46% über dem Monatsdurchschnitt. Für Rheinland-Pfalz insgesamt wurden bei einem Landesmittel von 1,5 Mill. als Extremwerte im Januar 607 000, im Juli 2,4 Mill. Fremdenübernachtungen gezählt.

Für elf Monate des Jahres 1984 ergaben sich bei den Heilbädern steigende Übernachtungszahlen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Bezüglich

Betriebsart	Gäste		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage	Kapazitätsauslastung %
	insgesamt	Anteil	insgesamt	Anteil		
	Anzahl	%	Anzahl	%		
Hotels	408 654	53,1	1 119 252	25,1	2,7	32,0
Hotels garnis	68 949	8,9	246 773	5,5	3,6	26,9
Gasthäuser	14 854	1,9	59 200	1,3	4,0	18,1
Pensionen und Fremdenheime	38 272	5,0	259 412	5,8	6,8	32,3
Erholungs- und Ferienheime ¹⁾	38 511	5,0	206 939	4,7	5,4	45,8
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	67 167	8,7	1 744 947	39,1	26,0	70,3
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	41 975	5,5	287 408	6,4	6,8	28,9
Jugendherbergen ²⁾	51 835	6,7	139 981	3,1	2,7	27,2
Privatquartiere ³⁾	39 787	5,2	399 399	9,0	10,0	25,6
I n s g e s a m t	770 004	100,0	4 463 311	100,0	5,8	38,6

1) Einschl. Kinderheime. - 2) Einschl. jugendherbergsähnliche Einrichtungen. - 3) Einschl. gewerbliche Betriebe mit weniger als 9 Betten.

der Gästezahl traf dies für sieben Monate zu. Der Anteil der Heilbäder an der Zahl der Fremdenübernachtungen in Rheinland-Pfalz variiert zwischen 32% im Februar und 21% im Juli. Der Gästeanteil bewegte sich zwischen 16% im Februar und 13% im Juli. Die höchsten monatlichen Zuwachsraten der Übernachtungszahl gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresergebnis waren für November und Dezember zu verzeichnen (+ 22 bzw. + 36%). Auch auf Landesebene wurden für die beiden letzten Jahresmonate die ausgeprägtesten Steigerungen ermittelt (+ 14 bzw. + 13%).

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer und Kapazitätsauslastung in den Heilbädern vergleichsweise hoch

In den Heilbädern lagen im Jahre 1984 die Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten mit 39% aller Fremdenübernachtungen unter den Betriebsarten an der Spitze. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer der Erholungssuchenden von 26 Tagen errechnet sich für die Kureinrichtungen eine Auslastung der vorhandenen Beherbergungskapazität von über 70%, das sind rund 10 Prozentpunkte mehr als im Jahre 1983.

Den höchsten Anteil an der Gästezahl bestritten in den Heilbädern mit knapp 409 000 – gleichermaßen wie bei der Gesamtheit aller rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden mit 2,6 Millionen – die Hotels. Die wesentlich niedrigere Quote der Hotels an den Übernachtungen ist maßgeblich auf die für diese Unterkunftsart charakteristische relativ geringe mittlere Aufenthaltsdauer zurückzuführen. Bei den Hotels in den Heilbädern betrug sie durchschnittlich 2,7, bei denen im gesamten Land 2,2 Tage.

Für nahezu alle Betriebsarten – eine Ausnahme bilden lediglich die Erholungs- und Ferienheime – melden die Heilbäder eine längere mittlere Verweildauer der Besucher als im Landesdurchschnitt. In den Privatquartieren und den gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten blieben im Jahre 1984 in den Heilbädern die Gäste durchschnittlich 10 Tage, im Mittel aller Fremdenverkehrsgemeinden des Landes 5 Tage. Hierbei ist zu beachten, daß Kurgäste in der Regel außer in den Kuranstalten auch in anderen Betriebsarten Unterkunft suchen.

Die in den rheinland-pfälzischen Heilbädern vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten wurden im Jahre 1984 zu 39% genutzt, für alle Fremdenverkehrsgemeinden ergab sich eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung von 28%. Hierbei ist entscheidend, daß in den Heilbädern die Kurbetriebe mit ihrem weit überdurchschnittlichen Auslastungsgrad wesentlich stärker die Angebotsstruktur bestimmen als auf Landesebene. Bei den Heilbädern wurden im Jahre 1984 für die Pensionen und Fremdenheime (32%), Hotels (32%) sowie die Kleinstbeherbergungsstätten (26%) jeweils Auslastungsgrade errechnet, die die entsprechenden Relationen auf Landesebene teils spürbar überschreiten. In den Badeorten waren es bei den Pensionen und Fremdenheimen 7,5 Prozentpunkte, bei den Hotels und den Privatquartieren jeweils 3,8 Prozentpunkte mehr. In dessen lag bei den Heilbädern der Auslastungsgrad der Hotels garnis (27%) niedriger als im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Gemeinden (31%).

Diplom-Betriebswirt (FH) H.-J. Welz

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 631	3 630	3 630	3 623
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 943	1 918	1 130	1 566	1 593	703 ^P	974 ^P	1 631 ^P	1 492 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	3,9	5,1	5,3	2,3 ^P	3,5 ^P	5,3 ^P	5,0 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 952	2 959	2 839	3 060	2 868	2 609 ^P	2 683 ^P	2 780 ^P	2 900 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	9,8	9,9	9,6	8,5 ^P	9,7 ^P	9,0 ^P	9,7 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 391	4 006	3 648	3 710 ^P	3 632 ^P	3 781 ^P	3 687 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	11,8	13,0	12,2	12,1 ^P	13,1 ^P	12,3 ^P	12,4 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	33	31	27	30	24	31 ^P	37 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	10,9	10,3	9,9	9,9	8,4	10,9 ^P	14,5 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 753	- 616	- 552	- 946	- 780	- 1 101 ^P	- 949 ^P	- 1 001 ^P	- 787 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,0	- 1,9	- 3,1	- 2,6	- 3,6 ^P	- 3,4	- 3,3 ^P	- 2,6 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	4 793	6 087	6 023	6 585
Ausländer	Anzahl	1 413	1 580	1 213	1 348	1 377	1 705
Erwerbspersonen	Anzahl	3 643
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 600	5 572	5 890	5 751	6 707
Ausländer	Anzahl	1 725	1 982	1 561	1 628	1 545	1 507
Erwerbspersonen	Anzahl	3 542
* Wanderungssaldo	Anzahl	501	- 176	- 779	197	272	- 122
Ausländer	Anzahl	- 312	- 402	- 348	- 280	- 168	198
Erwerbspersonen	Anzahl	101
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 553	10 192	9 066	9 856	9 419	10 433
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	140 893	127 949	117 581	150 694	150 123	135 532	123 390
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	85 867	75 193	66 686	93 710	93 771	81 104	70 328
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	2 809	.	.	.	3 079	.
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	11 529	.	.	.	15 411	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	48 322	.	.	.	49 081	.
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	9,8	8,9	8,2	10,5	10,5	9,5	8,6
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	4 026	4 610	4 865	3 898	4 466	5 083	5 052
Männer	Anzahl
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	.	.	.	278	.	.	.	463	.
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	425	.	.	.	320	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	.	.	.	1 502	.	.	.	1 675	.
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	25 010	25 124	20 407	24 654	25 772	24 532	19 292
Männer	Anzahl	22 820	13 717	21 877	21 152	16 403	21 987	22 485	21 021	15 780
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	638	637
* Milchkühe	1 000	230	227
* Schweine	1 000	677	640	.	.	667	.	.	.	673
Mastschweine	1 000	249	227	.	.	222	.	.	.	215
* Zuchtsauen	1 000	76	75	.	.	75	.	.	.	78
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	.	46	.	.	.	50
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	16 577	17 230	15 899	16 670	15 412	18 183	14 193	16 581	15 888
* Kälber	Anzahl	263	306	238	246	418	296	278	396	373
* Schweine	Anzahl	114 815	113 876	112 529	113 509	116 390	111 051	99 239	115 888	118 392
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 148	10 236	13 709	12 281	9 619	13 482	10 441	12 574	9 146
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 275	14 366	13 920	14 243	14 208	14 313	12 302	14 429	14 454
* Kälber	t	4 840	4 999	4 683	4 927	4 562	5 168	4 139	4 831	4 683
* Schweine	t	24	33	25	24	44	31	32	45	39
* Schweine	t	9 302	9 210	9 114	9 169	9 449	9 020	8 034	9 434	9 609
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	56	29	34	50	80	28	17	.	3
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	82	80	75	85	86	75	70	81	82
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	94,9	94,9	95,5	93,1	93,3	93,6	94,6

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 708	2 696	2 689	2 688	2 689	2 673	2 659
* Beschäftigte	1 000	362	361	359	359	358	360	360	360	361
* Arbeiter 2)	1 000	251	250	248	248	248	249	249	249	249
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	37 058	36 883	34 677	35 397	34 393	36 298	36 001
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 106	1 080	1 092	1 143	1 077	1 112	1 170
* Löhne	Mill. DM	675	693	647	635	629	670	621	642	676
* Gehälter	Mill. DM	472	489	459	445	463	473	456	470	494
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	92	99	110	105	.	.	291	.
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	205	216	220	226	214	.	.	665	.
* Heizölverbrauch	1 000 t	93	82	109	100	85	.	.	283	.
* leichtes Heizöl	1 000 t	16	15	22	20	16	.	.	64	.
* schweres Heizöl	1 000 t	77	67	87	80	69	.	.	219	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	974	1 014	973	998	961	1 060	1 017
* Stromerzeugung	Mill. kWh	181	177	211	192	173	209	204	192	160
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	6 643	6 941	6 489	6 436	6 471	7 190	7 183
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 402	2 530	2 240	2 448	2 504	2 695	2 700
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	96	98	97	95	102	85	92	97	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980=100	97	98	102	97	102	91	99	101	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96	97	100	95	101	87	96	99	103 ^P
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1980=100	96	101	105	103	108	92	102	104	110 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980=100	81	84	60	74	91	45	47	67	80 ^P
Chemische Industrie	1980=100	102	111	116	112	116	106	119	117	122 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	101	94	95	87	94	80	91	95	97 ^P
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980=100	93	88	84	72	77	62	78	86	91 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	92	93	99	94	99	84	91	95	97 ^P
Herstellung von Schuhen	1980=100	96	95	115	107	98	92	102	104	97 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	97	99	91	86	98	95	94	96	104 ^P
Bauhauptgewerbe	1980=100	89	91	66	81	100	37	39	64	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	.	98	.	.	.	94	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	136	139	.	120	.	.	.	109	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	295	267	221	306	302	259	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 285	2 366	2 402	2 516	2 306	3 008	2 641	2 383	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	766	758	812	859	810	1 085	898	711	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 885	1 925	1 717	2 230	2 044	1 930	...
* Gaserzeugung	1 000 cbm	0,1
Gasbezug	Mill. cbm	335
Gasverbrauch	Mill. cbm	315	338	423	408	384	546	413	446	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	65 206	66 726	68 055	62 318	59 301	60 756 ^P	62 342 ^P
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	33 193	34 186	34 138	31 252	29 645	30 277 ^P	31 180 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	14 562	15 290	16 621	13 983	12 831	13 668 ^P	14 431 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 084	7 980	5 928	7 579	8 036	3 471	3 338	5 665 ^P	7 183 ^P
Privater Bau	1 000	5 209	5 184	4 230	5 099	5 223	2 569	2 280	3 534 ^P	4 410 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 360	3 295	2 654	3 293	3 373	1 522	1 286	2 140 ^P	2 691 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	54	59	38	56	50	12	16	33 ^P	68 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 795	1 830	1 538	1 750	1 800	1 035	978	1 361 ^P	1 651 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 875	2 796	1 698	2 480	2 813	902	1 058	2 131 ^P	2 773 ^P
Hochbau	1 000	660	636	472	587	638	303	325	520 ^P	656 ^P
Tiefbau	1 000	2 216	2 160	1 226	1 893	2 175	599	733	1 611 ^P	2 117 ^P
Straßenbau	1 000	1 203	1 172	565	1 024	1 192	319	375	830 ^P	1 127 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	136	162	179	97	92	131 ^P	164 ^P
* Löhne	Mill. DM	156	156	108	135	152	70	65	104 ^P	137 ^P
* Gehälter	Mill. DM	29	29	28	27	27	27	27	27 ^P	27 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	388	398	451	264	247	323 ^P	402 ^P

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. -
3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. -
5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	890	896	908	574	544	795	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	617	584	574	389	370	541	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	194	231	256	136	125	181	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	79	81	78	49	49	73	...
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 144	885	874	964	939	625	606	926	...
* Wohnfläche	1 000 qm	189	148	146	162	159	105	100	157	...
Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	6 920	7 693	7 408	5 026	4 743	7 497	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	273	302	297	196	200	294	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	-	3	1	3	2	-	...
Unternehmen	Anzahl	116	122	165	101	109	125	75	114	...
Private Haushalte	Anzahl	896	695	725	792	798	446	467	681	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	165	138	175	127	139	139	...
* Umbauter Raum	1 000 cbm	693	568	504	382	662	522	483	394	...
* Nutzfläche	1 000 qm	119	97	90	68	109	87	90	72	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	99	79	145	152	91	75	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	21	19	25	19	18	17	...
Unternehmen	Anzahl	165	131	141	119	141	107	118	121	...
Private Haushalte	Anzahl	3	3	3	-	9	1	3	1	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	1 632	2 047	1 865	1 290	1 148	1 814	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 406	2 493	2 197	2 371	2 522	2 761	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	139	169	136	158	154	166	166	208	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 994	2 169	2 270	2 335	2 043	2 205	2 361	2 552	...
* Rohstoffe	Mill. DM	19	21	22	23	22	17	18	28	...
* Halbwaren	Mill. DM	142	173	190	204	170	168	191	204	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 834	1 975	2 057	2 108	1 851	2 020	2 153	2 320	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	692	804	797	870	775	810	845	965	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 142	1 171	1 260	1 239	1 075	1 210	1 308	1 355	...
Nach ausgewählten Verbrauchs ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	959	1 094	1 132	1 199	1 068	1 126	1 205
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	160	194	204	207	202	194	196
Dänemark	Mill. DM	35	40	42	42	44	44	46
Frankreich	Mill. DM	278	297	305	346	304	311	326
Griechenland	Mill. DM	19	23	41	30	18	20	21
Großbritannien	Mill. DM	164	195	200	190	171	185	207
Irland	Mill. DM	7	7	8	10	7	8	11
Italien	Mill. DM	153	179	166	204	168	198	235
Niederlande	Mill. DM	142	159	166	169	153	166	163
Österreich	Mill. DM	97	106	108	110	95	112	113
Schweiz	Mill. DM	107	120	115	137	123	134	139
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	148	184	156	169	174
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	527	451	346	393	478
Staatshandels länder	Mill. DM	102	108	99	105	116	124	105
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 699	1 836	1 563	1 699	1 503	1 812	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	198	210	239	245	195	220	217	246	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 318	1 396	1 463	1 591	1 368	1 479	1 286	1 566	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	759	817	804	977	839	833	745
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	205	203	251	261	209	163	135
Dänemark	Mill. DM	15	18	18	16	15	19	16
Frankreich	Mill. DM	183	191	177	234	236	186	192
Griechenland	Mill. DM	6	10	6	16	12	14	7
Großbritannien	Mill. DM	48	59	56	79	55	58	67
Irland	Mill. DM	3	3	1	6	6	2	8
Italien	Mill. DM	136	140	111	169	123	127	141
Niederlande	Mill. DM	161	193	185	196	183	173	180
Österreich	Mill. DM	47	47	48	47	51	51	51
Schweiz	Mill. DM	36	40	38	33	40	38	49
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	161	142	103	141	122
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	386	363	311	347	275
Staatshandels länder	Mill. DM	61	52	75	36	44	63	45

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	94	95	94	95	95	95	95
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	94	105	104	98	90	108	109
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	109	112	103	115	112	104	99	115	114
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	101	104	76	94	111	100	69	104	114
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	99	104	100	105	104	74	79	103	102
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	106	108	97	101	89	102	85	102	91
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	100	97	84	85	79	77	72	89	83
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	114	116	110	118	114	116	114	120	119
Tankstellen (Abs.i.eig.Namen)	1980 = 100	114	136	116	136	123	115	111	125	131
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	107	115	102	136	119	98	113	143	132
Sonstige Waren	1980 = 100	101	98	86	92	92	96	85	98	101
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	92	91	81	90	90	84	77	92	93
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	95	97	89	99	95	90	85	98	97
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	90	90	66	82	97	86	59	89	97
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	86	88	85	89	88	62	66	86	85
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	101	91	95	83	96	83	99	88
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	86	81	71	72	67	65	61	75	70
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	100	100	95	102	98	98	98	104	102
Tankstellen (Abs.i.eig.Namen)	1980 = 100	100	117	100	119	107	97	91	103	108
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	95	99	87	117	102	82	90	114	104
Sonstige Waren	1980 = 100	89	85	75	80	80	81	72	83	87
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	88	89	93	94	94	94	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	95	94	96	105	101	101	...
* Umsatz	1980 = 100	105	104	80	83	97	86	86	98	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	72	79	103	90	86	97	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	84	85	94	82	86	98	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	193	264	404	174	205
* Ausländer	1 000	77	105	30	43	94	31	42
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	626	846	1 389	645	718
* Ausländer	1 000	237	316	86	129	249	90	131
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 475	1 495	1 330	1 543	1 532	1 238	1 119	1 431	1 590
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	1 036	1 296	1 225	504	636	1 124	1 199
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	14 095	19 793	17 648	10 699	10 491	16 892	17 894
Kraftfahrzeuge	Anzahl	1 339	1 026	785	2 181	2 194	184	461	1 470	1 849
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	12 523	16 445	14 391	9 800	9 361	14 366	15 001
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	496	661	617	554	392	571	570
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	233	382	294	192	192	360	332
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 323	9 808	8 272	8 792	9 467	10 499	9 353	9 302	9 019
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	1 418	1 451	1 857	852	974	1 334	1 531
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	6 854	7 341	7 610	9 647	8 379	7 968	7 488
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	1 919	1 902	2 598	1 166	1 261	1 813	2 048
* Getötete	Anzahl	61	53	43	36	49	16	32	37	35
Pkw - Insassen	Anzahl	32	24	21	19	18	13	16	24	20
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	11	2	5	13	-	-	5	4
Fußgänger	Anzahl	11	12	16	7	12	2	12	4	8
* Verletzte	Anzahl	2 515	2 403	1 876	1 866	2 549	1 150	1 229	1 776	2 013
Pkw - Insassen	Anzahl	1 393	1 337	1 224	1 119	1 395	823	818	1 126	1 057
motorisierte Zweiräder	Anzahl	603	571	264	350	691	73	133	286	544
Fußgänger	Anzahl	224	212	224	207	199	172	151	176	168
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	558	580	826	319	362	515	667
Pkw - Insassen	Anzahl	410	362	342	320	393	201	213	293	307
motorisierte Zweiräder	Anzahl	208	201	84	104	260	19	52	100	204
Fußgänger	Anzahl	96	93	91	96	89	79	59	75	74

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	72 923	76 876	72 613	73 444	73 489	76 638	77 037	77 647	77 442
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	71 049	71 858	71 889	74 859	75 270	75 786	75 563
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	58 913	62 953	58 827	59 618	59 659	62 773	63 147	63 695	63 401
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 416	12 158	12 221	12 240	12 230	12 086	12 123	12 092	12 157
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	15 173	15 722	15 561	15 986	16 097	16 468	15 977
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 209	15 357	14 111	14 611	14 435	15 143	15 315	15 644	15 198
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	1 062	1 111	1 127	842	782	824	779
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 376	9 236	9 307	9 160	9 183	9 154	9 085
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 712	7 591	7 555	7 576	7 640	7 500	7 483	7 502	7 430
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 821	1 660	1 667	1 659	1 700	1 652	1 654
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	46 500	46 901	47 021	49 715	49 990	50 164	50 502
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	36 993	40 005	37 161	37 431	37 585	40 130	40 349	40 549	40 778
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 339	9 470	9 436	9 585	9 641	9 615	9 724
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	58 734	58 357	58 711	62 989	63 396	62 539	62 766
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	8 031	7 598	8 001	8 323	8 365	7 942	8 218
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 058	8 415	7 313	7 147	7 393	7 718	7 678	7 380	7 595
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	687	695	718	451	608	605	687	562	623
* Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	20 418	20 508	20 504	22 652	22 870	22 457	22 507
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	18 562	20 791	18 916	19 021	19 170	21 134	21 131	20 821	21 057
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 574	1 539	1 502	1 486	1 335	1 518	1 739	1 635	1 450
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	30 286	30 252	30 206	32 014	32 161	32 141	32 042
* bei Sparkassen	Mill. DM	17 917	18 916	17 910	17 917	17 892	19 023	19 102	19 109	19 046
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 702	1 636	1 651	1 385	1 294	2 404	1 551	1 539	1 417
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 668	1 419	1 340	2 300	1 404	1 560	1 515
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	74	67	72	62	52	76	86	86	74
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	39 437	47 468	31 060	36 639	54 567	188 577	25 847
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	-	-	-	1	-	1	2	2
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	898	907	871	898	845	986	1 461
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	9 319	11 937	10 919	8 557	7 986	6 022	7 985	10 507
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	1 344 342	1 455 137	766 404	1 016 696	1 376 181	1 442 667	773 640
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	899 151	1 117 579	373 161	597 372	917 639	1 151 266	415 582
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	581 559	614 530	824 281	430 712	412 835	593 371	867 043	423 928	442 167
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	108 984	114 308	382 105	-	-	-	402 017	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	- 1 476	365 673	- 59 854	- 11 233	- 14 731	388 621	- 61 272
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	14 531	20 737	4 637	6 830	16 901	20 253	5 734	6 486	10 534
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	123 694	134 341	71 709	314 364	3 279	- 5 019	59 593	332 231	24 153
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	27 817	22 578	54 304	-	-	-	39 541	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	445 191	337 558	393 243	419 324	458 542	291 401	358 058
* Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	278 705	167 404	236 040	281 927	278 505	125 642	182 135
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	166 486	170 154	157 203	137 397	180 037	165 759	175 923
Bundessteuern										
* Zölle	1 000 DM	163 985	149 793	206 606	188 670	140 594	53 181	144 272	131 364	124 863
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	10 187	11 822	11 629	12 583	9 947	11 426	12 376	12 222	11 161
	1 000 DM	150 748	134 430	191 857	170 345	127 930	38 761	129 922	116 933	111 293
Landessteuern										
* Vermögensteuer	1 000 DM	75 660	73 523	90 505	53 553	65 417	67 096	89 076	66 656	77 727
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	18 706	14 337	42 207	- 10 639	1 289	1 795	36 375	2 450	3 364
* Biersteuer	1 000 DM	36 183	38 025	32 403	41 146	44 353	40 828	32 095	43 552	51 992
	1 000 DM	6 154	6 043	4 464	5 256	4 913	5 578	5 391	4 959	4 942
Gemeindesteuern ⁵⁾										
* Grundsteuer A	1 000 DM	437 379	515 529	.	536 222	.	.	484 973	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	8 046	8 185	.	7 343	.	.	6 241	.	.
	1 000 DM	81 892	85 346	.	74 839	.	.	75 231	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	.	405 546	.	.	353 793	.	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	- 17	28	.	21	.	.	14	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	35 823	33 871	.	38 787	.	.	39 546	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Restzahlungen aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	886 795	908 848	588 249	583 520	840 781	838 361	564 865
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	387 865	499 060	160 107	255 026	394 896	514 692	179 224
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	291 608	221 109	257 582	274 664	300 351	190 874	234 535
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	716	9	29 966	649	1 262	1 431	26 243
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	670 515	697 797	441 476	530 236	666 538	738 527	450 530
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	385 932	497 467	157 707	254 198	391 278	512 153	176 427
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	193 362	146 768	188 386	208 293	184 922	158 287	170 133
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	716	9	29 966	649	1 262	1 431	26 243
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	693 761	780 377	.	790 155	.	.	.	769 418	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	248 246	319 713	.	345 363	.	.	.	301 206	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	.	314 115	.	.	.	337 032	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980=100	115,6	118,4	117,8	117,9	118,1	120,0	120,5	120,9	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,1	116,5	116,7	116,1	117,0	117,4	118,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1980=100	111,2	114,0	113,0	.	.	.	114,2	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	622	636	.	.	634	629
* Männliche Arbeiter	DM	665	675	.	.	675	668
* Facharbeiter	DM	705	711	.	.	711	706
* Angelernte Arbeiter	DM	629	641	.	.	642	632
* Hilfsarbeiter	DM	542	561	.	.	559	556
* Weibliche Arbeiter	DM	438	452	.	.	448	460
* Hilfsarbeiter	DM	420	436	.	.	432	443
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	.	.	15,41	15,57
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	.	.	16,25	16,44
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	.	.	17,10	17,32
* Angelernte Arbeiter	DM	15,09	15,49	.	.	15,42	15,61
* Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	.	.	13,51	13,70
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	.	.	11,38	11,64
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	.	.	10,93	11,17
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	.	.	41,2	40,4
* Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	.	.	41,6	40,7
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	.	.	39,4	39,5
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 236	3 381	.	.	3 338	3 463
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 876	2 996	.	.	2 966	3 063
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 561	3 668	.	.	3 627	3 732
* männlich	DM	2 257	2 372	.	.	2 344	2 439
* weiblich	DM	4 021	4 195	.	.	4 134	4 282
* Technische Angestellte	DM	4 101	4 278	.	.	4 215	4 367
* männlich	DM	2 859	3 015	.	.	2 977	3 072
* weiblich	DM	3 738	3 881	.	.	3 828	3 962
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 385	3 504	.	.	3 468	3 563
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 046	4 176	.	.	4 131	4 242
* männlich	DM	2 607	2 710	.	.	2 676	2 764
* weiblich	DM	4 076	4 232	.	.	4 162	4 325
* Technische Angestellte	DM	4 164	4 319	.	.	4 247	4 416
* männlich	DM	2 874	3 018	.	.	2 978	3 073
* weiblich	DM	2 525	2 642	.	.	2 619	2 708
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 514	2 626	.	.	2 604	2 691
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 125	3 208	.	.	3 179	3 265
* männlich	DM	2 057	2 172	.	.	2 147	2 240
* weiblich	DM		

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984					1985		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175 ^P	61 282	61 264	61 249	61 049
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 830	30 351 ^P	13 396 ^P	17 525 ^P	24 412 ^P	29 466 ^P	12 024 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	49 515	48 680 ^P	45 336 ^P	46 980 ^P	47 943 ^P	44 632 ^P	49 047 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010 ^P	60 773 ^P	56 555 ^P	62 024 ^P	59 117 ^P	67 567 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	— 10 346	— 9 330 ^P	— 15 437 ^P	— 9 575 ^P	— 14 081 ^P	— 14 485 ^P	— 18 520 ^P
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 539	2 537	2 393	2 325	2 619	2 611	2 474
Männer	1 000	1 273	1 277	1 510	1 522	1 407	1 319	1 581	1 583	1 471
Offene Stellen	1 000	76	88	70	80	93	80	87	101	114
Männer	1 000
Kurzarbeiter	1 000	675	427	565	644	618	268	466	432	397
Männer	1 000	548	361	487	567	543	225	420	380	347
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	23 449	23 617	.	.	.	23 617	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	379	391	384	369	382	377	397	340	377
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	95	99	90	100	100	99	91	101	104
ohne Baugewerbe	1980=100	96	100	94	105	103	102	97	107	108
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96	99	92	103	101	101	95	105	107
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980=100	94	98	94	103	100	88	92	99	102
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	99	102	91	107	105	115	97	113	114
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	92	94	90	100	99	87	90	98	100
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1980=100	99	101	92	99	97	97	98	102	101
Baugewerbe	1980=100	89	89	53	59	78	71	32	41	68
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 825	6 820	6 826	6 864	6 844	6 857	6 877
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	675	682	693	584	668	647	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	108 251	113 967	120 582	119 022	116 813	118 418	128 471
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	30 172	32 450	34 836	36 437	33 919	35 136	39 158
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	31 615	30 055	30 782	30 683	35 000 ^P
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	2 971	2 922	3 178	3 211	3 093	3 515	3 777	3 238	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 039	1 023	1 088	1 078	981	937	961
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122	82	84	118	92	48	53	90
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 866	9 079	5 714	5 533	7 090	12 340	4 808	4 426	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 657	11 327	10 092	10 836	13 703	7 407	7 701	8 198	10 022
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	8 420	9 414	11 874	6 475	6 814	7 263	9 136
Wohnfläche	1 000 qm	2 804	2 230	2 227	2 138	2 814	1 434	1 436	1 588	1 791
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 215	2 509	2 030	2 143	2 509	1 975	1 724	1 819	2 182
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	29 089	26 689	35 546	18 496	18 418	19 944	21 428
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	36 028	40 684	36 561	41 151	42 351	42 209	42 107	42 860	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	17 312	19 406	17 749	19 936	20 541	19 153	20 222	21 379	...
Dänemark	Mill. DM	2 653	2 838	2 847	3 031	3 183	2 663	3 056	3 070	...
Frankreich	Mill. DM	715	836	762	847	872	867	916	925	...
Griechenland	Mill. DM	4 630	5 112	4 563	5 686	5 338	5 229	5 227	5 768	...
Großbritannien	Mill. DM	384	412	372	441	453	432	379	407	...
Irland	Mill. DM	2 950	3 382	2 932	3 300	3 405	3 204	3 407	3 630	...
Italien	Mill. DM	151	176	141	194	180	149	212	228	...
Niederlande	Mill. DM	2 674	3 140	2 842	2 859	3 413	3 114	3 280	3 637	...
Österreich	Mill. DM	3 154	3 510	3 291	3 579	3 697	3 505	3 746	3 714	...
Schweiz	Mill. DM	1 844	2 028	1 752	2 013	2 165	1 894	2 049	2 123	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 865	2 156	1 901	2 144	2 234	2 026	2 181	2 236	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 002	4 263	3 542	4 255	4 246	4 990	4 590	4 585	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	5 599	5 633	5 497	6 034	5 820	5 873	5 680	5 407	...
	Mill. DM	1 884	1 944	1 562	1 690	1 931	2 555	1 937	1 824	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	34 622	36 299	37 816	36 111	39 550	38 152	...
EG-Länder	Mill. DM	15 958	17 336	16 440	16 994	19 016	17 549	19 106	18 475	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 177	2 421	2 845	2 162	2 256	2 283	...
Dänemark	Mill. DM	582	593	527	581	644	616	688	672	...
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	3 891	3 600	4 289	3 940	4 278	4 380	...
Griechenland	Mill. DM	229	257	221	239	235	277	269	245	...
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 678	2 789	2 567	3 309	3 399	3 071	...
Irland	Mill. DM	183	222	166	209	218	255	261	252	...
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 553	2 574	3 242	2 604	2 610	3 033	...
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 226	4 582	4 976	4 386	5 345	4 538	...
Österreich	Mill. DM	1 050	1 144	1 057	1 195	1 217	1 029	1 156	1 177	...
Schweiz	Mill. DM	1 165	1 303	1 201	1 271	1 349	1 233	1 318	1 245	...
USA und Kanada	Mill. DM	2 587	2 933	2 857	3 036	2 954	2 992	3 289	3 401	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 265	5 818	5 747	6 168	5 665	5 211	6 393	6 411	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 853	2 198	2 045	2 157	2 075	2 426	2 235	1 803	...
Einzelhandel										
Umsatz	1980=100	108,4	111,2	99,3	102,3	114,1	139,3	103,1 ^r	93,3 ^p	...
Gastgewerbe										
Umsatz	1980=100	107,0	108,9	90,9	92,4	102,8	103,9 ^p	90,6	93,0 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 769	1 872	1 756	1 759	1 765	1 872	1 868	1 879	1 892 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 419	1 321	1 327	1 336	1 419	1 411	1 419	1 430 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	434	431	429	453	458	460	462 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 187	1 254	1 166	1 170	1 163	1 254	1 236	1 245	1 239 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	544	544	544	569	570	573	572 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	24 650	25 770	22 927	20 878	31 368	46 016	24 820	21 013	31 967
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	12 811	10 123	23 200	35 046	14 928	10 036	24 215
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	11 819	10 096	10 046	18 570	13 108	10 376	9 955
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	24	- 0	7 059	8 573	382	- 342	7 558
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	10 130	10 717	8 166	9 976	9 877	10 921	7 743
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	5 845	6 151	3 598	5 153	5 654	5 923	2 857
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	993	4 547	4 454	8 602	1 046	4 308	4 613
Zölle	Mill. DM	395	444	424	424	459	468	410	475	456
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	339	3 471	3 671	7 946	388	3 078	3 831
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980=100	113,8	116,1	116,2	117,1	117,0	115,3	115,4	116,1	116,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980=100	108,2	106,9	108,5	111,8	113,3	105,7	104,6	104,1	104,4 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980=100	115,8	119,2	117,8	118,0	118,2	120,4	121,2	121,6	121,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980=100	111,4	114,3	.	113,1	.	.	.	114,8	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980=100	111,2	114,0	.	113,0	.	.	.	114,2	.
Preisindex für den Straßenbau	1980=100	99,5	100,8	.	100,0	.	.	.	101,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	115,6	118,4	117,5	117,8	117,9	119,3	120,0	120,5	120,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	115,3	116,1	116,5	115,3	116,1	117,0	117,4
Bekleidung, Schuhe	1980=100	113,0	115,7	114,5	114,6	114,9	117,0	117,2	117,4	117,8
Wohnungsmieten	1980=100	115,6	120,0	118,0	118,3	118,7	122,1	122,5	122,8	123,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980=100	124,5	128,8	128,7	128,9	127,2	131,1	133,6	135,1	136,7
Übriges für die Haushaltsführung	1980=100	113,7	115,9	115,0	115,3	115,5	116,5	116,7	116,9	117,2
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,6	118,0	117,1	117,3	117,7	118,6	118,9	119,1	119,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980=100	117,1	120,1	119,7	119,7	119,4	121,8	121,6	121,9	122,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980=100	111,4	114,2	114,2	114,1	114,3	115,4	116,4	116,5	116,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980=100	118,5	120,8	119,9	119,9	120,0	121,9	124,1	124,5	124,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Bauleistungen.

Kommunale Finanzen im ersten Vierteljahr 1985

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände sind im ersten Vierteljahr 1985 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 3,9% auf 2 297 Mill. DM gestiegen. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den Kommunen 2 341 Mill. DM (+ 4,2%) zur Verfügung.

Die Personalausgaben erhöhten sich um 3,3% auf 495 Mill. DM. Für den laufenden Sachaufwand wurden 454 Mill. DM (+ 4,6%) ausgegeben. Einen stärkeren Anstieg erfuhren die Zinsausgaben mit 8,1% auf 104 Mill. DM und die Ausgaben für soziale Leistungen mit 12,7% auf 220 Mill. DM.

Die Sachinvestitionen nahmen um 0,8% auf 370 Mill. DM leicht zu. Während für eigene Baumaßnahmen 265 Mill. DM (– 5,7%) verausgabt wurden, darunter für Schulen 41 Mill. DM (– 4,8%), für Straßen 67 Mill. DM (– 0,9%) und für Abwasserbeseitigung 26 Mill. DM (– 20,9%), erhöhten sich die Ausgaben für den Erwerb von Grund- und Sachvermögen um 22,1% auf 104 Mill. DM.

An Steuern (abzüglich 53 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und zuzüglich 337 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) flossen 769 Mill. DM in die Kassen der Kommunen, das sind 2,6% weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb erhöhten sich dagegen um 27,7% auf 435 Mill. DM. An allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land wurden 287 Mill. DM (+ 2%) vereinnahmt.

Die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) erhöhten sich im ersten Quartal um 67 Mill. DM und erreichten Ende März 1985 einen Stand von 7 181 Mill. DM. pf

Geringer Anstieg der Verbraucherpreise im Mai

Das rheinland-pfälzische Verbraucherpreisniveau verzeichnete auch im Mai 1985 einen nur geringfügigen Anstieg. Von den Energieträgern verbilligten sich gegenüber dem Vormonat Heizöl (– 4,4%) und Steinkohle-Spezialbrand (– 1,4%). Normal- und Superbenzin verteuerten sich um 3 bis 4%.

Unter den Lebens- und Genußmitteln ergaben sich gegenüber dem Vorjahresmonat höhere Preise vor allem für frisches Rotbarschfilet (+ 14%), Pflanzenmargarine (+ 8%), Pflanzenöl (+ 8%), Bohnenkaffee (+ 9%) und Orangensaft (+ 6%). Auch für Kopfsalat und Salatgurken (je + 25%) sowie Möhren (+ 22%) mußte erheblich mehr bezahlt werden, für Zwiebeln dagegen weniger (– 9%). Die Verbraucherpreise für die meisten Fleisch- und Wurstsorten haben sich innerhalb Jahresfrist nur bis zu 1,5% erhöht, Schweinefleisch zum Braten (– 0,5%) wurde sogar billiger. br

kurz + aktuell

Im April 2,8 Mill. t in den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen umgeschlagen

Der Güterumschlag in den rheinland-pfälzischen Häfen belief sich im April 1985 auf 2,8 Mill. t. Das sind 1,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Verladen wurden 1,2 Mill. t Güter (– 2,1%). Fast drei Fünftel davon waren Steine und Erden, 14% Mineralölerzeugnisse. Knapp 1,6 Mill. t wurden gelöscht (+3,8%). Von den Entladungen waren 34% Steine und Erden, 27% Mineralölerzeugnisse sowie 13% chemische Produkte. gz

Nur leichte Umsatzzunahme im Einzelhandel

Von Januar bis April 1985 nahmen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte gegenüber den ersten vier Monaten 1984 um 0,7% zu. Die höchsten Steigerungen registrierten die selbständigen Tankstellen (+ 3,6%), die Apotheken und Drogerien (+ 3,5%) sowie der Fahrzeughandel (+ 3,4%). Papierwaren- und Buchhandel (+ 2,5%) sowie die Textil- und Schuhgeschäfte (+ 1,6%) verzeichneten eine überdurchschnittliche Umsatzentwicklung. Der Elektrohandel (– 5,5%) und der Vertrieb von Einrichtungsgegenständen (– 8,6%) hatten niedrigere Umsätze als im Jahr zuvor. pe

Deutliche Aufwärtsentwicklung des Fremdenverkehrs in den Heilbädern 1984

Nachdem im Jahre 1983 die Zahl der Fremdenübernachtungen in den rheinland-pfälzischen Heilbädern gegenüber 1980 um 14% zurückgegangen war, ergab sich für das Jahr 1984 eine Steigerung um 6,7%. Die Zahl der Gäste, die im Jahre 1981 um rund 65 000 abgenommen hat, nimmt seit 1982 kontinuierlich zu, ohne jedoch den Spitzenwert des Jahres 1980 wieder zu erreichen.

Mit rund 770 000 Gästen und 4,5 Mill. Übernachtungen waren im Jahre 1984 die Heilbäder mit 15 bzw. 24% am Fremdenverkehrsvolumen des Landes beteiligt. Etwa zwei Fünftel der in den Heilbädern registrierten Fremdenübernachtungen entfielen auf Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. In diesen Kurbetrieben ging zwischen 1981 und 1983 die Zahl der Übernachtungen um 25% zurück. Im Jahre 1984 nahmen dort die Übernachtungen um fast 20% zu, das sind rund 285 000 mehr als 1983.

In den Heilbädern blieben im Jahre 1984 die Gäste durchschnittlich 5,8 Tage. Für alle rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden ist eine mittlere Verweildauer von 3,5 Tagen zu verzeichnen. Die in den Heilbädern vorhandene Beherbergungskapazität wurde im Jahre 1984 zu 39% ausgenutzt. Auf Landesebene errechnete sich ein Auslastungsgrad von 28%. wz

Mehr über dieses Thema auf Seite 140

Mehr als 6 Mill. t Güter in den rheinland-pfälzischen Häfen umgeschlagen

Von Januar bis März 1985 liefen 6 712 Güterschiffe die Rhein- und Moselhäfen des Landes zum Be- oder Entladen an. Das sind 1 100 Schiffe weniger als im ersten Vierteljahr 1984. Insofern ging der Güterumschlag um 22% auf 6,1 Mill. t zurück. Ausschlaggebend hierfür war die außerordentlich starke Beeinträchtigung des Schiffsverkehrs durch Frost und Eisgang. Für den Güterversand wurde ein Rückgang um 34% ermittelt (Empfang – 11%).

In den Häfen des Mittelrheins und des rheinland-pfälzischen Oberrheinabschnitts nahm die Umschlagleistung um 34% bzw. 9% ab. Außer Ludwigshafen (+ 4,9%), Wörth (+ 26%) und Germersheim (+ 5,8%) hatten alle übrigen bedeutenden Häfen des Landes Einbußen zu verzeichnen. gz

Umsätze der Personenschiffahrt stiegen im Jahre 1983 um fast 20%

In Rheinland-Pfalz waren Ende 1984 insgesamt 97 Unternehmen in der Binnenschiffahrt tätig. Sie verfügten zusammen über 83 Güterschiffe mit einer Tragfähigkeit von knapp 82 100 Tonnen sowie über 10 Schlepper und Schubboote. Für die Personenbeförderung wurden 56 Fahrgastschiffe mit zusammen 14 850 Plätzen eingesetzt.

Insgesamt waren 430 Arbeitskräfte in der Binnenschiffahrt tätig, davon 351 als fahrendes Personal. Der Umsatz der Binnenschiffahrtsunternehmen belief sich im Jahre 1983 auf fast 38 Mill. DM, davon resultierten 22% aus der Fahrgastschiffahrt.

Gegenüber 1983 nahm die Zahl der rheinland-pfälzischen Binnenschiffahrtsunternehmen um zwei zu, die Zahl der Beschäftigten von 422 auf 430. Der im Jahre 1983 von der Güterschiffahrt erwirtschaftete Umsatz war um 4,2% geringer als im Jahre 1982 (Tankschiffahrt – 8,3%). Die Umsätze aus der Personenschiffahrt erhöhten sich um 19% auf 8,4 Mill. DM. gz

6,2% mehr Fremdenübernachtungen im Januar 1985

Die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe berherbergten im Januar 1985 rund 173 800 Gäste. Es wurden insgesamt 644 800 Übernachtungen gezählt. Im Vergleich zum Januar 1984 nahm die Zahl der Besucher um 0,9% ab, die der Übernachtungen aber um 6,2% zu. Der Anteil der Gäste aus dem Ausland betrug 18%. Die Zahl der Fremdenübernachtungen betraf zu 14% ausländische Besucher.

Am stärksten stieg die Übernachtungszahl bei den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten (+ 28%). Auch die Jugendherbergen (+ 26%) sowie die Er-

holungs- und Ferienheime (+ 22%) zeigten ausgeprägte Steigerungen. Für Hotels garnis und Pensionen wurden Rückgänge um 20 bzw. 17% ermittelt.

Die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar sowie Westerwald/Lahn/Taunus und Hunsrück/Nahe/Glan verbuchten jeweils deutliche Zunahmen an Übernachtungen. Für das Rheintal ergab sich im Vergleich zum Januar 1984 eine Einbuße von rund 5% .gz

Auch im April weniger Verunglückte auf den Straßen

Im April 1985 kam es auf den rheinland-pfälzischen Straßen zu 1 529 Verkehrsunfällen mit Personenschaden gegenüber 1 857 im April des Vorjahres (– 18%). Es wurden 35 Personen getötet, 667 schwer und 1 347 leicht verletzt. Im Vergleich zum April 1984 gab es 14 Todesopfer weniger. Die Zahl der im Straßenverkehr Verletzten verringerte sich um 21%. Damit setzte sich die schon seit geraumer Zeit beobachtete rückläufige Entwicklung der Personenschadensunfälle weiter fort.

Besonders deutliche Rückgänge der Zahl der Verkehrstoten wurden unter den motorisierten Zweiradfahrern, Fußgängern und den Radfahrern ermittelt. Bei den Insassen von Personenkraftwagen erhöhte sich die Zahl der Opfer um zwei auf 20. Unter den im Straßenverkehr Getöteten befanden sich zwei Kinder unter 15 Jahren und elf Personen über 60 Jahre. gz

Weniger Fußgänger, Motorrad- und Radfahrer im Straßenverkehr getötet

Von Januar bis März 1985 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz 29 146 Straßenverkehrsunfälle. Das sind 7,4% mehr als im gleichen Vorjahresquartal. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ging um 28% auf 3 157 zurück, die Zahl der Verkehrstoten sank um 30% auf 85. Von insgesamt 4 155 Verletzten (– 28%) bedurften 1 195 einer stationären Behandlung (– 31%). Die Zahl der reinen Sachschadensunfälle nahm indessen um 14% zu.

Von den im ersten Vierteljahr 1985 bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten waren 53 Insassen von Personenkraftwagen und 18 Fußgänger, fünf Motorradfahrer und vier Radfahrer. Unter den tödlich Verunglückten befanden sich fünf Kinder unter 15 Jahren. 25 Verkehrstopfer waren zwischen 15 und 24 Jahre und 15 über 60 Jahre alt.

Der spürbare Rückgang der Zahl der Verkehrstoten betraf neben den Fußgängern vor allem Radfahrer und Benutzer von Krafträdern. Während im ersten Vierteljahr 1984 unter diesen Verkehrsteilnehmern 58 Personen ums Leben gekommen waren, wurden in den ersten drei Monaten 1985 noch 25 gezählt. gz

Themen der letzten Hefte**Heft 6/Juni 1984**

Regionale Unterschiede in der Sterblichkeit
Nichtwohnbau
Fertighäuser
Effektiv- und Tarifverdienste im Handwerk 1983
Fremdenverkehr am Nürburgring
Ausbildung in der Datenverarbeitung

Heft 7/Juli 1984

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984
Anteil der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer
Baulandmarkt und Baupreise 1983
Außenhandel mit Japan 1970 bis 1983
Futterbau und Rindviehhaltung
Dokumentation von Informationssystemen

Heft 8/August 1984

Kommunahlwahlen 1984
Ausbildungsplätze im Mai 1984 – Angebot und Nachfrage
Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftsentwicklung
Behinderte
Ernteaussichten für 1984

Heft 9/September 1984

Regionale Schülerprognose mit verbessertem Modellansatz
Wohnungsmieten im Preisindex für die Lebenshaltung
20 Jahre Moselkanalisierung
Fremdenverkehr in den Trierischen Verbandsgemeinden
Baufertigstellungen von 1979 bis 1983

Heft 10/Okttober 1984

Bevölkerungsentwicklung 1983
Auftragseingang und Auftragsbestand des Bauhaupt-
gewerbes 1984
Wohnungsbestand Ende 1983
Ferienhäuser und Ferienwohnungen 1973 bis 1983
Einkommensstruktur natürlicher Personen
System der Lohn- und Gehaltsstatistiken

Heft 11/November 1984

Bevölkerungsprognose 1983 bis 1998
Weiterbildung 1983
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
im Juli 1984
Rechnergestützte Werkzeuge zur rationellen Programm-
entwicklung
DV-Aus- und Weiterbildung

Heft 12/Dezember 1984

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1984
Außenhandel mit den Vereinigten Staaten 1970 bis 1984
Außenhandel mit Büro- und Landmaschinen
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Heft 1/Januar 1985

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1984
Neubaubeheizung seit 1979
Ausbaugewerbe 1984
Warenverkehr mit Berlin (West)
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl 1984
Ehescheidungen seit 1950

Heft 2/Februar 1985

Regionale Wirtschaftsentwicklung 1970 bis 1982
Weinmosternte 1984
Entwicklung des Gemüseanbaus
Konzept zur Neugestaltung der Wirtschaftsrechnungen
privater Haushalte
Apotheken 1967 bis 1984
Fremdenverkehr in der Verbandsgemeinde Daun

Heft 3/März 1985

Kommunalwahlen 1984
Personal des Landes und der Kommunen
Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen in der
Land- und Forstwirtschaft 1983
Tiefbau 1984

Heft 4/April 1985

Regionale Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
Wanderungen älterer Menschen
Entwicklung der Wohnungsversorgung
Energiepreise 1980 bis 1984
Einzelhandel im Kammerbezirk Trier

Heft 5/Mai 1985

Beschäftigte 1979 und 1984
Ausländer 1984
Pressestatistik 1982
Verarbeitendes Handwerk
Regionale Verteilung der landwirtschaftlichen
Nutztierbestände

Themen der folgenden Hefte

Schüler an allgemeinbildenden Schulen
1974 bis 1998
Veränderungen der Betriebsgrößenstruktur in
der gewerblichen Wirtschaft 1961 bis 1984
Staatliche und kommunale Investitionen
Berufsbildende Schulen 1980 bis 1984
Personenverkehr

Zeichenerklärungen

-	= nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p	= vorläufige Angabe
.	= kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r	= berichtigte Angabe
...	= Angabe fällt später an	s	= geschätzte Angabe
()	= Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.- 8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz – Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach – Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz – Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr – Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d, Telefax (0 26 03) 7 13 15 oder durch den Buchhandel – Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.